

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Bremsen UND Gas geben?!



Schuldenbremse und Wachstum? – Besser weg vom Gas!
Verfassungsbeschwerden gegen ESM und Fiskalvertrag
Geldsysteme sind kein Naturgesetz – Interview mit Herbert Walter

Liebe Leserinnen und Leser,

Worte bestimmen unser Denken und unser Sein. Die aktuelle Wortwahl zweier prominenter Verantwortlicher im Bankensystem und in der Politik erfüllte mich daher mit Schrecken. Sagen sie uns mit ihrer martialischen Ausdrucksweise, dass sie kriegerisch denken und dass sich die (Geld-)Wirtschaft im Kriegszustand befindet?

EZB-Präsident Mario Draghi nannte seine jüngsten Liquiditätsoffensiven »Dicke Bertha«, womit er auf ein Geschütz aus dem Ersten Weltkrieg anspielte. Mittels dieser LTROs (»Long-Term-Refinancing-Operations«) konnten die Geschäftsbanken seit Dezember rund eine Billion Euro quasi im Sonderangebot einkaufen.

Diese schweren Geschütze der EZB beschützten Banken und Staaten in Südeuropa gerade noch vor der Pleite, doch nun befeuern sie über Umwege die Aktien- und Rohstoffpreise und auch den Immobilienmarkt. Die Spekulation wird durch die viele Liquidität angeheizt und die Inflationsgefahr steigt.

Auch der französische Finanzminister François Baroin will mehr Geld. Die Kapazität des Rettungsfonds solle auf eine Billion Euro aufgestockt werden, verlangte er im März. Dabei verglich er wörtlich den Euro-Rettungsschirm mit der Atomwaffe im militärischen Bereich. »Er ist dafür gemacht, nicht eingesetzt zu werden, das ist Abschreckung.« Abgeschreckt werden sollen damit Spekulanten, die schwächelnde Euro-Länder angreifen wollen. – Abgeschreckt werde aber auch ich, und zwar nicht allein durch die Wortwahl der beiden, sondern diese ganze finanzielle Aufrüstung erfüllt mich mit Schrecken. Und sie passt so gar nicht zu dem, was man gleichzeitig auch will: Sparen und Schulden abbremsen.

»Rettungsschirme, Rettungsfonds und andere Fazilitäten rechnen mittlerweile nicht mehr in Milliarden, sondern in Billionen«, sagt Herbert Walter, der diese Entwicklung der Krisenbekämpfung durch den Einsatz von immer mehr Geld ebenfalls fragwürdig findet. Da der ehemalige Dresdner Bank-Chef seine Kolumne im Handelsblatt jüngst mit dem schönen Titel »Geldsysteme sind kein Naturgesetz« versah, bat ich voller Optimismus um ein Interview. Leider wurde bald deutlich, dass er zwar die Problematik der exponentiell wachsenden Vermögen und Schulden sieht, aber zu sehr in seiner Denkschule steckt, als dass er sich auf unsere geldreformerischen Lösungsansätze wirklich (gedanklich) einlassen könnte.

Wie schaffen wir es, solche Gedanken-schranken zu öffnen? Muss die Krise denn noch größer werden und jeden existenziell erfassen und dadurch begreifen lassen, nach dem Motto: »Wer nicht hören will, muss fühlen«? Das wäre tragisch.

Meine Hoffnung ist, dass wir auch mit denen, die die Kaderschmieden der westlichen Ökonomiestudiengänge erduldet und erlitten haben, ein Gespräch entfachen können, das ihnen zeigt, dass es auch anders geht. Die Erkenntnis, dass »Geldsysteme kein Naturgesetz« sind, ist schon mal ein guter Anfang.

Viele Grüße,



Beate Bocking

Inhalt

- 3 Niko Paech: Wachstumsbremse dringend notwendig!
- 4 Klaus Willemsen und Beate Bocking: Wachstum, Wachstum – Bloß nicht umdenken?!
- 6 Helmut Creutz: Schuldenbremse und Wachstum?!
- 10 Mehr Demokratie: Verfassungsbeschwerden gegen ESM und Fiskalvertrag
- 12 INWO Deutschland
- 14 INWO Schweiz
- 15 Hendrik Barth: Bedingungsloses Grundeinkommen – Die Finanzierungsfrage
- 17 Geldsysteme sind kein Naturgesetz – Interview mit Herbert Walter
- 20 Christian Gelleri und Thomas Mayer: Vier Möglichkeiten für Griechenland
- 22 Termine
- 23 Buchvorstellung & Termine

Impressum

FAIRCONOMY 8. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2012, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bocking (V.i.S.d.P.), H. Barth
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © Henrik G. Vogel / PIXELIO.de / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 4+5: © Mehr Demokratie e.V.; 7: © Gerhard Mester; 8: © M.E. / PIXELIO.de; 9+10: Grafiken: Helmut Creutz; 11: © Rike / PIXELIO.de; 16: © YuriArcurs / clipdealer.com; 20: © Kostas Koufogiorgos; 21: © Kurt F. Domnik / PIXELIO.de; 22: © Joss / PIXELIO.de;

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Wachstumsbremse dringend notwendig!

Die seit Jahrzehnten ermüdend diskutierte Feststellung, dass das Bruttoinlandsprodukt kein geeigneter Maßstab für das Wohlergehen moderner Gesellschaften sein kann, ist schlicht eine Verharmlosung. Vielmehr müsste das Bruttoinlandsprodukt als Maß für ökologische Zerstörung betrachtet werden.

Enthalten sind darin nämlich all jene Leistungen, die als Resultat geldbasierter Arbeitsteilung zustande kommen. Das sind grundsätzlich Dinge, die produziert werden, um sie dann als geldwerte Leistung an jemand anderen zu übertragen. Genau dieser Leistungstransfer kann nicht ökologisch neutral sein. Einen CO₂-neutralen Euro, Dollar oder Yen kann es schon deshalb nicht geben, weil er den Anspruch auf materielle Werte verkörpert.

Quellen des Glücks

Worin könnte ein Zuwachs an Nutzen oder Glück letztlich bestehen, der stofflich und energetisch neutral ist, aber dennoch produziert, transportiert und erworben werden muss – und zwar in steigendem Maße, sonst entfiele ja das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts? Wie kann der Ursprung für die von einem Individuum empfundene Nutzensteigerung einerseits außerhalb seiner selbst liegen, aber andererseits jeglicher Materiebewegungen und Energieflüsse enthoben sein?

Wenn ein Zuwachs an Glücksempfinden tatsächlich rein qualitativer Art wäre, könnte seine Quelle nur im Subjekt selbst liegen. Nicht arbeitsteilige Produktion nebst dazu notwendiger Raumüberwindung wäre der Ursprung, sondern die eigene Leistung und Imagination, mit der dem materiell Vorhandenen autonom zusätzliche Befriedigung abgerungen oder neuer Sinn eingehaucht wird. Aber dieser Vorgang kann weder als monetär zu beziffernde Wertsteigerung ausgedrückt werden, noch ist er kompatibel mit dem, was wir unter Wirtschaft verstehen. Vor allem: Seine Resultate können kaum über eine bestimmte Menge hinauswachsen. Wachsen im ökonomischen Sinn kann also nur das, was mittels Geld und Energie von außen zugeführt werden muss und deshalb nie ohne Zerstörung zu haben ist.

Ökologische Plünderung

Unser ohne Wachstum nicht zu stabilisierender Wohlstand ist das Resultat einer umfas-

senden ökologischen Plünderung. Versuche, die vielen materiellen Errungenschaften einer Abfolge von Effizienzfortschritten oder anderweitiger menschlicher Schaffenskraft zuzuschreiben, beruhen auf einer Selbsttäuschung.

Menschen in modernen Konsumgesellschaften leben auf dreifache Weise über ihre Verhältnisse; sie eignen sich Dinge an, die in keinem Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen. Sie entgrenzen ihren Bedarf erstens von den gegenwärtigen Möglichkeiten, zweitens von den eigenen körperlichen Fähigkeiten und drittens von den lokal und regional vorhandenen Ressourcen.

Jegliche Anstrengungen, wirtschaftliches Wachstum durch technische Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln, sind bestenfalls zum Scheitern verurteilt. In allen anderen Fällen kommt es sogar zu einer Verschlimmbesserung der Umweltsituation.

Postwachstumsökonomie

Das Alternativprogramm einer Postwachstumsökonomie würde zwar auf eine drastische Reduktion der industriellen Produktion hinauslaufen, aber erstens die ökonomische Stabilität der Versorgung (Resilienz) stärken und zweitens keine Verzichtleistung darstellen, sondern sogar die Aussicht auf mehr Glück eröffnen.

Derzeit verzetteln wir uns in einer reizüberfluteten Konsumsphäre, die unsere knappste Ressource aufzehrt, nämlich Zeit. Durch den Abwurf von Wohlstandsballast hätten wir die Chance, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehends Schwindelanfälle zu erleiden. Wenige Dinge intensiver zu nutzen und zu diesem Zweck bestimmte Optionen einfach souverän zu ignorieren, bedeutet weniger Stress und damit mehr Glück.

Und überhaupt: Das einzig noch verantwortbare Gestaltungsprinzip für Gesellschaften

Befreiung vom Überfluss

NIKO PAECH

AUF DEM WEG IN DIE
POSTWACHSTUMSÖKONOMIE



oekom

Niko Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, oekom Verlag, München 2012, 144 S., Preis: 14.95 €, ISBN-13: 978-3-86581-181-3

Auch erhältlich als E-Book für 11.99 €

Das neue Buch von Niko Paech dient einem bescheidenen Zweck. Es soll den Abschied von einem Wohlstandsmodell erleichtern, das aufgrund seiner chronischen Wachstumsabhängigkeit unrettbar geworden ist. Darauf deuten die aktuellen Verschuldungskrisen sowie die immer spürbarer werdenden Grenzen der Ressourcenverknappung und Umweltschädigung unmissverständlich hin.

und Lebensstile im 21. Jahrhundert heißt Reduktion – und zwar verstanden als Befreiung von jenem Überfluss, der nicht nur unser Leben verstopft, sondern unsere Daseinsform so verletzlich macht. ■



Niko Paech ist einer der bedeutendsten Wachstumskritiker. Der Volkswirtschaftler ist seit 2010 außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg. Als Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac genießt er einen hohen Bekanntheitsgrad.

Wachstum, Wachstum –

Bloß nicht umdenken

Europas Politiker galoppieren von einem Krisengipfel zum nächsten. Überzeugende Ergebnisse präsentieren sie jedoch nicht, sondern wirken hilflos und getrieben. Gerade hatten sie sich darauf verständigt, dass das Versagen der bisherigen Politik nicht durch immer neue Schulden behoben werden kann. Und schon fordern einige von ihnen ganz ungeniert das Gegenteil.

Zeitgleich mit der Einigung auf die »Schuldenbremse« realisieren etliche Regierungen, dass dieser Ansatz nicht funktionieren wird. Nicht ohne Grund hat man jahrzehntelang in allen Ländern auf Wachstum durch neue Schulden gesetzt. Ende April riefen EZB-Präsident Mario Draghi und EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier einvernehmlich nach neuen Wachstumspaketen, um die Wirtschaft in Europa anzukurbeln. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel, (noch) Verfechterin einer strikten Sparpolitik, sieht deren Notwendigkeit inzwischen ein.

Ausgewogen sparen und wachsen?!

Die Europäer bekommen Angst vor der eigenen Courage und wollen nun doch mit staatlichen Wachstumsanreizen die schärfsten Auswirkungen der Sparauflagen abmildern. US-Präsident Obama ist das sehr recht. Jenseits des großen Teiches fordert er von den europäischen Regierungen einen »ausgewogenen Ansatz«, der nicht nur Einsparungen beinhalten, sondern auch Wachstum und neue Arbeitsplätze fördern soll. Wie das »ausgewogen« gehen soll, weiß keiner. Er selber kommt jedenfalls auch nicht ohne immense Neuverschuldungen aus, um die USA vor Konjunkturrückgang und Staatspleite zu bewahren. Schon gar nicht vor der im Herbst anstehenden nächsten Präsidentschaftswahl. Die Staatsschulden der USA werden in diesem Jahr zum vierten Mal in Folge um mehr als eine Billion Dollar zunehmen. Wenn Europa, Amerikas größter Handelspartner, weiter in die Rezession rutschen würde, wäre das auch für die amerikanische Wirtschaft verheerend.

Also probiert auch die deutsche Kanzlerin den Spagat: Die Strategie der Euro-Staaten, so Merkel, beruhe auf zwei Säulen: Schuldenabbau und Wachstum. Sie will jedoch kein »Wachstum auf Pump«, sondern durch Strukturereformen, den gezielteren Einsatz von EU-

Mitteln und ein stärkeres Engagement der Europäischen Investitionsbank. Das heißt im Klartext: Die Schulden sollen andere machen, nicht mehr die Staaten. Die Sozialleistungen werden weiter gekürzt werden. Und die auf

»Da Wachstum in unserem Wirtschaftssystem unabdingbar ist, stoßen auch die Politiker an Grenzen, die eigentlich sparen wollen.«

Erwerbsarbeit angewiesenen Menschen werden noch größeren Druck zu spüren bekommen.

Wachstum ist keine Lösung

Die Szenerie ist grotesk. Obwohl man Überkapazitäten in beinahe allen Sektoren aufgebaut hat, stellt keiner die Frage, ob zusätzliches Wirtschaftswachstum überhaupt einen Ausweg darstellt. Die Politiker dafür zu schelten, greift allerdings zu kurz. Die wissenschaftlichen Berater von links bis rechts haben die Politik und mit ihr die ganze Gesellschaft durch ihre Theoriegläubigkeit und Halsstarrigkeit in eine Sackgasse manövriert. Sie versuchen, den Teufel der staatlichen Überschuldung mit dem Beelzebub – Wachstum durch staatliche Konjunkturprogramme – auszutreiben.

Dieselben Konzepte, die die Welt an den Rand des Abgrunds gebracht haben und immer wieder zu Katastrophen führen, sollen Abhilfe schaffen. Es käme darauf an, so die Rechtfertigung, die Mittel gezielter und wirkungsvoller einzusetzen.

Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Bereits seit Jahrzehnten geben die Staaten mehr Geld aus, als sie einnehmen. Und selbst eine deutliche Erhöhung der jährlichen

Defizite ist für die Weltkonjunktur lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Das aktuelle US-Haushaltsdefizit liegt schon bei 10%. Die Löhne sind teilweise auf Dritte-Welt-Niveau gesunken. Die von der Politik geförderte Arbeitsmigration in Europa hat den Konkurrenzdruck auf die Arbeitnehmer erhöht. Es gibt immer mehr moderne Arbeitssklaven. Eine wirkliche Erholung am Arbeitsmarkt – Vollbeschäftigung und arbeitnehmerfreundliche, zufriedenstellende Arbeitsverhältnisse – das gibt es jedoch nicht.

Die Ankurbelung der Ökonomie durch immer neue staatliche Schulden funktioniert nur oberflächlich, führt langfristig aber mit Sicherheit in die Katastrophe. Scharfe Kritik in diesem Sinne übte der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer: »Niemand kann ernsthaft glauben, dass man das Wachstum in den Krisenländern durch aufwendige Konjunkturprogramme fördern kann.« (www.welt.de)

Neue Berater sind nötig

Da Wachstum in unserem Wirtschaftssystem unabdingbar ist, stoßen auch die Politiker an Grenzen, die eigentlich sparen wollen. So nimmt die Forderung nach mehr Wachstum in der Politik und in den Medien kein Ende. Aus dem Elfenbeinturm der herrschenden Ökonomie dringt offenbar nichts anderes an ihr Ohr.

Dabei ist das Resultat dieser Politik die ökologische Plünderung unseres Planeten. Eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch durch qualitatives Wachstum entpuppt sich zunehmend als Augenwischerei. Und auch die Idee eines »Green

»Keiner stellt die Frage, ob zusätzliches Wirtschaftswachstum überhaupt einen Ausweg darstellt.«



Ähnlich verläuft die Entwicklung bei den Giralgeldbeständen. In den letzten Monaten hat die EZB den Banken eine Billion Euro zusätzlich und langfristig zur Verfügung gestellt. Hauptsächlich ging es wohl darum, akut bedrohte südländische Banken zu stützen, die ihrerseits wiederum ihre Staaten mit neuen Krediten versorgen konnten. Besser gestellte Banken haben die Chance genutzt, um ihre Spekulationskassen zu füllen. Dass inzwischen Billionen notwendig sind, um »die Märkte zu beruhigen«, zeigt die Dimension der Systemkrise. Wann und wie die zusätzliche Billion tatsächlich in die Märkte gelangt, hat die EZB nicht mehr in der Hand. Die Gefahr neuer Blasen ist durch diese neue Liqui-

dität in jedem Fall stark gewachsen. Solange das Geld nicht in der Realwirtschaft ankommt, bleibt die Inflation niedrig. Da jedoch politisch stark darauf hingearbeitet wird, die Wirtschaft mit neuen Kreditmöglichkeiten zu stimulieren, werden sich die Schleusen weiter öffnen. Ob es dann noch ein Halten gibt? Denn dann wird es für die EZB fast unmöglich, das Geld wieder zurückzuholen. Sie würde dann eine neue Hochzinsphase mit allen negativen Folgen auslösen.

«New Deal» zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, die durch die Finanzkrisen Aufwind bekommen hat, ist nicht nachhaltig, solange sie einseitig auf technische Lösungen setzt und das Ankurbeln der Wirtschaft zum Ziel hat, statt einer Reduktion der industriellen Produktion und eines Rückbaus von Industrieanlagen.

Postwachstumsökonomien wie Niko Paech sehen in einer Reduktion »das einzig noch verantwortbare Gestaltungsprinzip für Gesellschaften und Lebensstile im 21. Jahrhundert«. Paech kritisiert daher auch in seinem neuen Buch die gedankliche Basis, die den Bemühungen um die Rettung überschuldeter EU-Staaten und des Euro zugrunde liegt. Dahinter stehe die Angst vor einer Senkung des Bruttoinlandsprodukts. Verschwiegen wird jedoch »inmitten der angstgetriebenen Euro-Rettungsdiskussion, wie gut es der Ökosphäre, insbesondere dem Klimaschutz täte, wenn der gnadenlos auf Expansion und Mobilität gebürstete europäische Wirtschaftsraum entschleunigt würde.« – Solche Berater wären heute notwendig!

Geldhortung bekämpfen

Die hilflos wirkende Diskussion, auf höchstem politischem Niveau, zeigt die vollkommene Absurdität der ökonomischen Situation. Immer neue Investitionen sind nötig, um Wachstum zu erzeugen, damit die Zinsen in unserer hochverschuldeten Wirtschaft bezahlt werden können. Weil sich Kapital jedoch bei zu

geringen Renditen der Investition entzieht, muss der Staat durch überzogene Kreditaufnahmen eingreifen. Weil dies aber nichts an der Ursache ändert, muss dieses Schneeballsystem irgendwann zusammenbrechen.

Die ursächliche Fähigkeit des Kapitals, sich dem Markt zu entziehen, wird leider kaum untersucht und dokumentiert, und schon gar nicht angemessen diskutiert. Einer der seltenen Hinweise auf das Phänomen Geldhortung findet sich auf www.oekonomenstimme.org, wo es heißt: »Der größere Teil des Inlands-Umlaufs deutscher Euro-Banknoten entfällt auf Hortungsbestände. Deren geschätzter Anteil am gesamten Umlauf deutscher Euro-Banknoten liegt zwischen 20% und 25%.« (Nikolaus Bartzsch, Gerhard Rösl und Franz Seitz, 8. Mai 2012)

Ein noch größerer Teil der von der Bundesbank emittierten Euronoten entzieht sich dem europäischen Markt komplett und wird im Ausland vermutet. Wie in der Arbeit von Bartzsch e.a. nachzulesen, stieg ihr Umlauf nach Einführung des Euro-Bargeldes Anfang 2002 ausgehend von einem Niveau von 73 Mrd. Euro bis Ende 2010 auf 367 Mrd. Euro an. Allein im Oktober 2008 nahm die Nettoemission von Banknoten in Deutschland krisenbedingt um 16 Mrd. Euro zu. Diese Aufstockungen der Euro-Banknotenbestände sind eindeutig auf das Wertaufbewahrungsbzw. Hortungsmotiv zurückzuführen. Zur Abwicklung der inländischen Geschäfte wird nur ein Bruchteil davon benötigt.

Geldsystem reformieren

Wie anders, wie bodenständig funktioniert dagegen ein umlaufgesichertes Geldsystem nach den Vorstellungen der INWO! Eine Gebühr auf Liquidität würde es ermöglichen, die Geldmenge gezielt an den Bedarf der Realwirtschaft anzupassen. Die exponentielle Anhäufung eines erdrückenden Molochs aus Geldvermögen und Schulden würde verhindert. Dem Aufbau spekulativer Kassen würde ein Riegel vorgeschoben. Nach einer Geldreform würde das Geld stetig in der Realwirtschaft kursieren und so für eine dauerhaft florierende Konjunktur sorgen.

Anstatt jedoch zu beraten, wie die spekulative Hortung zu unterbinden ist und wie der Geldkreislauf ohne staatliche Schuldenaufnahme geschlossen werden kann, fordert man heute schon wieder genau die Maßnahmen, die in die Überschuldungskrise geführt haben.

Klaus Willemsen und Beate Bocking

Schuldenbremse & Wachstum?!

Weg vom Gas wäre besser!

Mit dem Ziel einer Abbremsung der Staatsverschuldung und gleichzeitigem Wirtschaftswachstum hat sich die Politik wieder einmal von den Realitäten entfernt! Denn schon jeder Autofahrer weiß, dass man nicht gleichzeitig bremsen kann, wenn man Gas geben will oder muss. Und mit dem Bremsen kann man nur Erfolg haben, wenn man den Fuß vom Gaspedal nimmt.

Das gilt auch für jene Schuldenbremse, die in Deutschland bereits verbindlich ist und die man auch anderen Euro-Ländern noch verpassen möchte. Doch auch in diesem Falle gilt, dass man zuerst »das Gas wegnehmen« muss, wenn die Bremsung wirken soll. Das heißt konkret: Man müsste vorweg jene Mechanismen reduzieren bzw. überwinden, die in unseren heutigen Volkswirtschaften nicht nur die Aufnahme immer höherer Schulden ermöglichen, sondern sie geradezu erzwingen:

Die Geldvermögen und ihr Überwachstum!

Dass man Schulden nur bei jemandem machen kann, der Geld übrig hat und zum Verleih bereit ist, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Weniger bekannt ist dagegen, dass dieses leihweise Aufnehmen überschüssiger Geldmittel nicht nur möglich, sondern in jeder Volkswirtschaft zwingend notwendig ist! Denn ohne deren Rückführung über Kredite würde die in den Ersparnissen angesammelte Kaufkraft in der Wirtschaft

»Nach den Gesetzmäßigkeiten unseres heutigen Geldsystems sind alle Staaten zu Schuldenausweitungen gezwungen. Und sie können diese Schuldenaufnahmen nur dann abbremsen oder gar abbauen, wenn Unternehmen oder Privathaushalte ihre Kreditaufnahmen ausweiten.«



Gas und Bremsen gleichzeitig? – Vorsicht Schleudergefahr!

fehlen! Als Folge käme es nicht nur zu Unterbrechungen des Geldumlaufs, sondern in gleicher Höhe auch zu Nachfrageausfällen. Und das könnte letztlich sogar jene Leistung betreffen, die der Sparer selbst in den Markt eingebracht, aber nicht durch eigene Nachfrage ausgeglichen hat.

Normalerweise werden solche Ersparnisbildungen also durch die Kreditaufnahmen anderer Wirtschaftsteilnehmer wieder zu nachfragewirksamer Kaufkraft, vor allem über Investitionen der Unternehmen. Gehen jedoch die Ersparnisbildungen über deren Bedarf hinaus, dann versucht man, nicht zuletzt durch exzessive Ausweitungen der Werbung, die Privathaushalte zum Kauf auf Pump anzuregen, wie das seit den 1960er Jahren – mit Hilfe der aus den USA importierten ersten »Kundenkreditbank« – zunehmend üblich wurde. Da aber auch dieser Ausweg seine Grenzen hatte und die Geldvermögen immer weiter und rascher zunahm, blieben schließlich nur noch die Staaten zur

Schließung der Kreislauf-Lücken übrig. Denn die Politik ist an einer funktionierenden und möglichst ständig wachsenden Wirtschaft nicht nur im Hinblick auf die Steuereinnahmen interessiert, sondern ebenfalls mit Blick auf die nächsten Wahlen, und das lässt sie gerne großzügig Schulden machen.

Diese Zusammenhänge zwischen Ersparnisbildungen und Staatsverschuldungen hat der Wirtschaftswissenschaftler Rüdiger Pohl, viele Jahre Mitglied des Sachverständigenrates, bereits am 11. Dezember 1987 in der Wochenzeitung Die Zeit beschrieben:

»Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn – wie heute in der Bundesrepublik – das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage ... der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.«

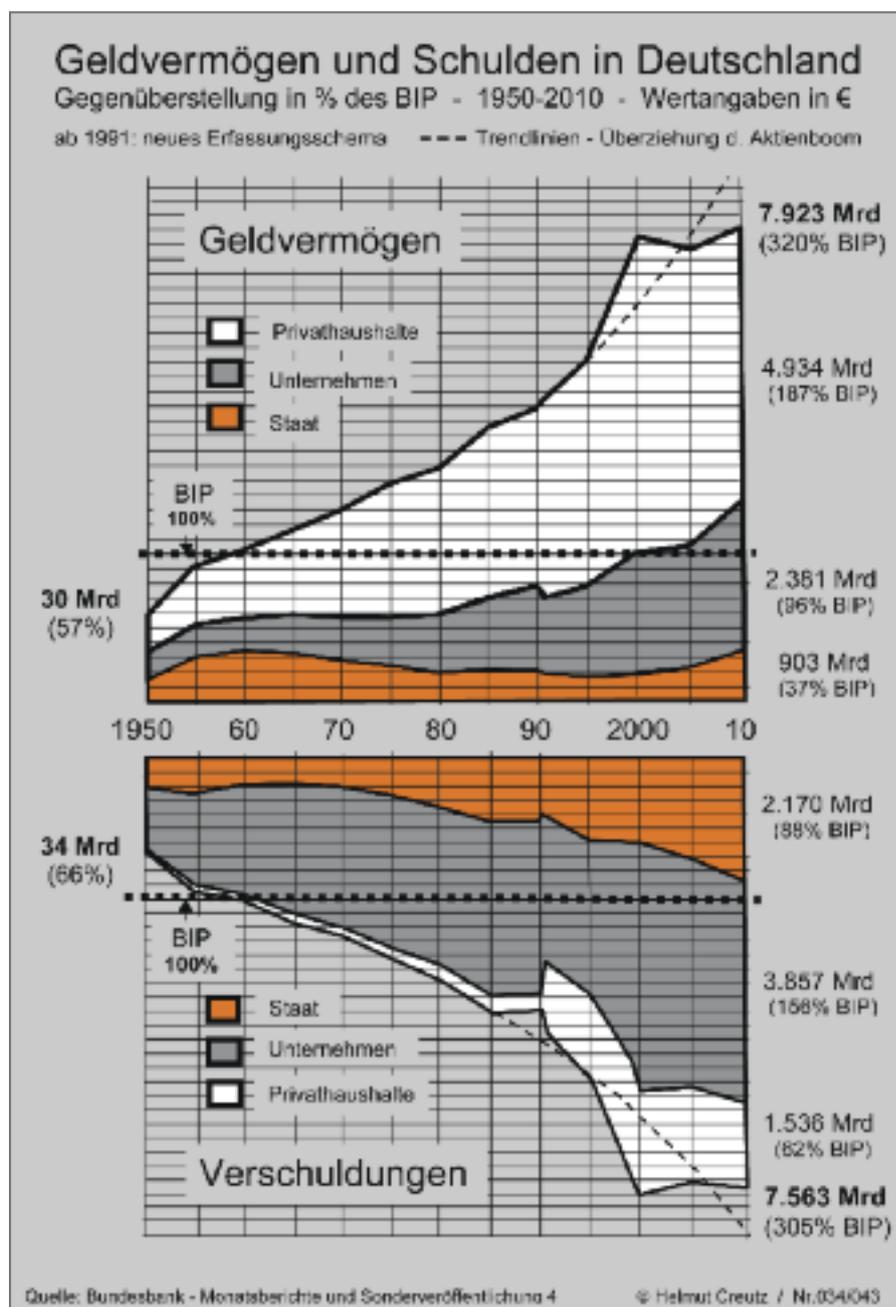
Nach den Gesetzmäßigkeiten unseres heutigen Geldsystems sind also alle Staaten gewissermaßen zu Schuldenausweitungen gezwungen! Und sie können diese Schuldenaufnahmen nur dann abbremsen oder gar abbauen, wenn Unternehmen oder Privathaushalte ihre Kreditaufnahmen ausweiten würden. Denn geschieht dies nicht in ausreichendem Umfang, dann fehlt dieses Geld im Kreislauf und die Besitzer der zinsbedingt weiter wuchernden Geldvermögensmassen versuchen zunehmend, ihre Gewinne über fragwürdige Finanzanlagen und Spekulationsgeschäfte hereinzuholen. Mit welchen Folgen das wiederum verbunden ist, haben wir in den letzten zehn Jahren erlebt.

Ein wirkungsvolles und unproblematisches Abbremsen der hier beklagten und ständig wachsenden Verschuldungen wäre also nur dann möglich, wenn dem ein Abbremsen der Geldvermögensentwicklungen vorausgehen würde! Das heißt, wenn man jenen exponentiell zunehmenden Vermehrungs-Automatismus neutralisieren würde, der aus den heutigen Zins- und Zinseszins-Effekten resultiert! – Eine Neutralisierung, die sich automatisch ergeben würde, wenn man – über einen regelmäßigen Umlauf des Geldes – für ein marktgerechtes Absinken der Zinssätze und, in gesättigten Volkswirtschaften, deren Pendeln um die Nullmarke sorgt! Und das wiederum wäre möglich, wenn die Geldhaltung mit einer Gebühr belastet würde, die in gesättigten Wirtschaftslagen die Zinssätze ins Minus führt.

Die Entwicklungen der Geldvermögen und Schulden

Die angeführte Wechselseitigkeit der Entwicklungen beider Größen geht besonders deutlich aus der Darstellung 1 hervor. In ihr werden (bezogen auf den Zeitraum von 1950 bis 2010 und umgerechnet in Prozent des jeweiligen BIP, also gemessen an der Wirtschaftsleistung) den Entwicklungen der gesamten Geldvermögen in Deutschland die der Gesamtschulden gegenübergestellt. Aufgeteilt jeweils auf die drei Wirtschaftssektoren, also Privathaushalte, Unternehmen und Staat. Dabei sind die farbig angelegten jeweiligen Anteile des Staates in der Grafikkarte besonders gut miteinander zu vergleichen!

»Eine Entschuldung der Staaten wäre – wenn überhaupt – nur durch eine radikale Verarmung der breiten Bürgermehrheit zu realisieren.«



Wie daraus ersichtlich, konnte der Staat – anfangs noch mit einem steigenden Anteil an den Geldvermögen beteiligt! – seinen Schuldenstand sogar bis Mitte der 1960er Jahre reduzieren. Danach kehrte sich jedoch die Entwicklung um: Bei gleichzeitigem Rückgang der Geldvermögensanteile nahmen die Schulden des Staates, gemessen an der Wirtschaftsleistung, sogar von 20% auf über 80% und damit auf mehr als das Vierfache zu! Und die erste »Schuldenbremse«, die Festlegung der Schuldenhöchstgrenze auf 60% der Wirtschaftsleistung in den Maastrichter Verträgen, führte nur zu einer kurzen Drosselung, um danach umso deutlicher weiter anzusteigen. Und dies nicht nur aus kurzfristigen politischen oder parteitaktischen Interessen, sondern auch, um den heute immer noch

möglichen deflationären Tendenzen entgegenzuwirken, deren Folgen uns seit 1929 zur Genüge bekannt sind.

Die Schere zwischen Staatseinnahmen und -schulden

Während in der Darstellung 1 die Staatschulden in Prozenten des BIP ersichtlich sind, werden sie in der Darstellung 2, von 1970 bis 2010, in Milliarden Euro und damit in ihren nominellen Größen wiedergegeben. Außerdem sind diesen Schulden die Entwicklungen der Staatseinnahmen gegenübergestellt. Wie daraus hervorgeht, nahmen diese Staatseinnahmen in den vier Jahrzehnten zwar auf das Siebenfache zu, die Staatsverschuldungen jedoch auf das 34-Fache, also fast fünf Mal schneller! – Diese Diskrepanzentwick-

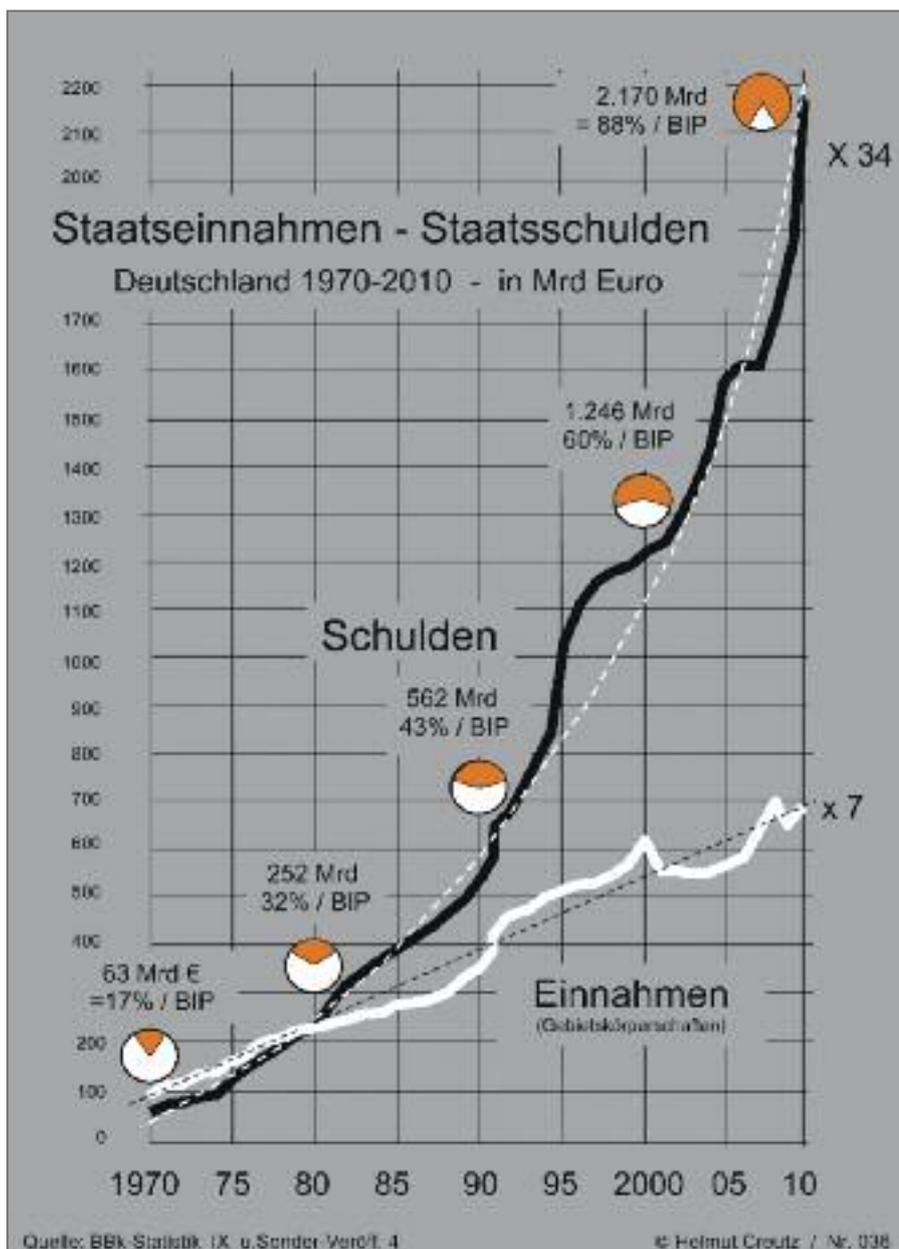
lungen sind in den Kreisdarstellungen noch einmal in Prozenten der Wirtschaftsleistung umgerechnet, mit denen die Staatsverschuldungen bekanntlich meist gemessen und verglichen werden.

Erkennbar ist aus den Kurvenverläufen, dass die der Einnahmen, langfristig betrachtet, weitgehend einer linearen Entwicklung entsprechen, auch wenn darin sowohl die vereinigungsbedingten Abweichungen um 1990 als auch die konjunkturbedingten in den letzten zehn Jahren als Ausreißer deutlich werden. Die Schuldenentwicklung zeigt dagegen einen sich stetig beschleunigenden, das heißt exponentiellen Verlauf, wie er sich bei allen von Zins- und Zinseszins beeinflussten Wachstumsvorgängen zwangsläufig ergibt.

Während die Schuldenkurve in den ersten 1970er Jahren noch unterhalb der Staatseinnahmen lag und sich in etwa parallel dazu entwickelte, stieg sie ab 1974 immer rascher an. Damit aber öffnete sich nicht nur die Schere zwischen diesen beiden Größen immer mehr, sondern – aufgrund der damit verbundenen zinsbedingten Einkommens-Umschichtungen – auch die Schere zwischen Arm und Reich! Denn als Folge der Zinszahlungen des Staates nehmen nicht nur die hinter den Schulden stehenden Geldvermögen auf Kosten aller anderen zu, sondern auch noch deren Konzentration bei einer immer kleiner werdenden Minderheit, bei der schließlich die Vermögen förmlich explodieren!

Die starken Schwankungen im Verlauf der Schuldenkurve sind vor allem die Folge der

Darstellung 2



»Schon die erste
 ›Schuldenbremse‹, die
 Festlegung der Schulden-
 höchstgrenze auf 60%
 der Wirtschaftsleistung
 im Vertrag von
 Maastricht führte nur zu
 einer kurzen Drosselung,
 um danach umso deutlicher
 weiter anzusteigen.«

ständigen Zinssatz- und der damit wiederum ausgelösten Konjunkturschwankungen. Das gilt besonders für die den Hochzinsphasen folgenden Konjunkturreinbrüche, die jeweils mit sinkenden Steuereinnahmen und gleichzeitig zunehmenden Kosten im Sozialbereich verbunden sind. Im letzten Jahrzehnt kamen dann noch die Folgen der weltweiten Krisen hinzu.

Neukredite nur zur Zinsbedienung

Das Folgeschwerste bei diesen ganzen Staatsverschuldungen ist jedoch der Tatbestand, dass in den gesamten 40 Jahren die fälligen Zinszahlungen fast ausschließlich mit Neukreditaufnahmen finanziert worden sind! Das heißt, die Schuldenausweitungen, die sich zwischen 1970 und 2005 auf rund rund 1.500 Mrd beliefen, waren praktisch identisch mit den Zinszahlungen in der gleichen Zeit! Das heißt: Diese Schuldenzunahmen haben weder dem Staat noch der großen Bürgermehrheit genutzt, sondern einzig und alleine jener Minderheit der Kreditgeber, die dem Staat das Geld geliehen haben! Auf Kosten aller anderen wurden diese Geldverleiher also genau um jene 1.500 Milliarden reicher, die der Staat in den gleichen Jahren an Krediten aufgenommen hat!

Diesen fast unglaublichen Tatbestand hat Prof. Reimund Jochimsen, damals Direktor der Landeszentralbank von NRW, bereits im Frühjahr 1999 bestätigt:

»Für die Gesamtheit der elf EWU-Länder gilt, dass die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote mit 3,67 Prozent des BIP praktisch genau so hoch wie die Zinslastquote mit 3,63 Prozent.«

Auswege aus der unbeherrschbaren Eskalation

Eine Rückführung der Schuldenbelastungen, oder gar eine Schließung der Schere zwischen



Eine zukunftsfähige, nachhaltige Wirtschaft setzt eine Geldvermögensbremse voraus.

beiden Größen, dürfte kaum noch denkbar sein. Die sich daraus ergebenden Spannungen zwischen den wachsenden Geldvermögen und den Kreditaufnahmen und den Tragfähigkeiten der Gesamtwirtschaft haben längst die noch beherrschbaren Größenordnungen überschritten. Eine Entschuldung der Staaten wäre – wenn überhaupt – nur durch eine radikale Verarmung der breiten Bürgermehrheit zu realisieren. Und das gilt nicht nur für Griechenland!

Helfen könnte also, statt der »Schuldenbremse«, nur eine »Geldvermögensbremse« und eine kleine Korrektur in unserem Geldsystem, die zu einer Verstetigung des Geldumlaufs und zu Zinssätzen führen würde, die langfristig um null Prozent pendeln und damit verteilungsneutral würden.

Und was den Abbau der Staatsverschuldungen über die Kürzungen offener Banken-Forderungen betrifft, wie im Zusammenhang mit der »Griechischen Tragödie« diskutiert, so wäre dieser Weg nur gangbar, wenn die Banken diese Kürzungen ihrerseits an die Geldgeber weitergeben könnten, denen ja am Ende der Kette die Zinseinnahmen

der Banken zu etwa 80% zugeflossen sind. Diesen einzig wirklich gerechten Weg, den leistungslos erworbenen Reichtumszuwachs

»Helfen könnte also, statt der ›Schuldenbremse‹, nur eine ›Geldvermögensbremse‹ und eine kleine Korrektur in unserem Geldsystem.«

einer Bürgerminderheit abzuschmelzen, wagen unsere Politiker nicht anzusprechen.

Angesichts dieser Gegebenheiten ist es geradezu ein Trauerspiel, dass sich auch die für diese Fragen zuständige Wissenschaft bedeckt hält, bzw. – wie Prof. Rürup – den sich selbst beschleunigenden und letztlich mörderischen Zinsezins- und Geldvermehrungseffekt sogar als »achtetes Weltwunder« glorifiziert. Fast noch problematischer sind jedoch jene Wirtschaftswissenschaftler, die

in der angeblichen »Geldschöpfung der Banken« die Ursache allen Übels sehen und damit – zur Freude der Profiteure unseres Geldsystems – von dessen eigentlichen Ursachen ablenken.

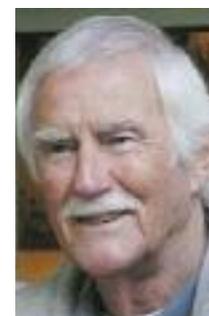
Vernünftig wirtschaften ohne Wachstumszwang

Wir haben also heute nur die Wahl zwischen zwei Übeln: Entweder mit Wachstum die Umwelt zu zerstören oder mit einer Schuldenbremse unser Wirtschaftsgefüge. Aus dieser Zwickmühle kommen wir nur heraus, wenn man ein vernünftiges Wirtschaften auch ohne ständig positive Zinsen möglich macht, also ohne ständig eskalierende Geldvermögen und Wachstumszwänge! Denn wie der Wirtschaftsmathematiker Professor Jürgen Kremer am Ende einer detaillierten wissenschaftlichen Überprüfung der Gegebenheiten schreibt:

»Die Verzinsung von Kapital hat nur dann langfristig keine destabilisierende Wirkung, wenn die Wirtschaft stetig und zeitlich unbeschränkt, d.h. exponentiell wächst. Aufgrund der Endlichkeit der Ressourcen der Erde ist ständiges Wachstum jedoch weder wünschenswert noch möglich. Eine Wirtschaftsordnung, die langfristig stabil bleiben soll, muss sich daher von dem Konzept der Vermögensverzinsung verabschieden.«

Es ist fast absurd: Ausgerechnet zu einer Zeit, in der die Notenbanken alle Geldschleusen in einem Ausmaß öffnen, wie das bis vor wenigen Jahren noch undenkbar war, entschließt man sich gleichzeitig, auf die Schuldenbremse zu treten und alle nachfolgenden Regierungen per Gesetz an die Kandare zu legen!

Man kann nur vermuten, dass mit diesem doppelten Spiel den Bürgern das Gefühl vermittelt werden soll, die Sache noch im Griff zu haben. Dabei hat man es selbst in den vergangenen Wachstumsjahren nicht geschafft, jene moderaten Eingrenzungen der Schuldenaufnahme einzuhalten, für die man sich in Maastricht so vehement eingesetzt hatte!



Helmut Creutz, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks »Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« aus dem Jahr 2001, das in Kürze überarbeitet und aktualisiert neu erscheint. Es ist im INWO-Shop unter www.INWO.de bestellbar.

Verfassungsbeschwerden gegen ESM und Fiskalvertrag

Die Verträge zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und zum Fiskalvertrag verstoßen in mehrfacher Hinsicht gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien. Unter der Ankündigung: »Volksentscheid – sonst klagen wir!« hat sich auf Initiative von Mehr Demokratie e.V. ein Bündnis gegen diese weitere Aushöhlung der Demokratie zusammengeschlossen.

Der Deutsche Bundestag ist dabei, zwei Maßnahmen zur Rettung des Euros zu beschließen: den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM (auch bekannt als Euro-Rettungsschirm) und den Fiskalvertrag. Diese Abkommen haben verheerende Auswirkungen auf die Demokratie in Deutschland und Europa. Trotzdem wird der Öffentlichkeit keine Zeit gegeben, darüber zu diskutieren oder gar nachzudenken. Hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, sollen beide Verträge jetzt möglichst schnell durchs Parlament gewinkt werden.

ESM gleicht einer europäischen Super-Bank

Um verschuldete Staaten mit neuen Krediten zu versorgen, soll eine Art neue europäische Super-Bank entstehen, der Europäische Stabilitätsmechanismus. Er soll von den Euro-Ländern großzügig finanziell ausgestattet werden. Einmal bewilligt, kann er dann unabhängig über die Verwendung der Gelder entscheiden. Die Entscheidungen des ESM können weder von Parlamenten noch von Gerichten hinterfragt werden, denn er genießt juristische Immunität. Das verstößt fundamental gegen rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien. Auch der Bundestag hätte keine Kontrolle mehr über die von Deutschland zugesagten mehreren hundert Milliarden Euro, die im Ernstfall an den ESM überwiesen werden müssen. Eine Summe, die mehr als zwei Drittel des gesamten Bundeshaushalts ausmacht!

Während Deutschland für den jetzigen Rettungsschirm EFSF »nur« Bürgschaften eingegangen ist, soll der neue Schutzschirm auch mit Bargeld unterlegt werden: Insgesamt 80 Milliarden Euro sollen eingezahlt werden, Deutschlands Anteil daran beträgt 21,7 Milliarden Euro. Davon sind in diesem Jahr 8,7 Milliarden Euro fällig. Das Geld muss mit einem Nachtragshaushalt beschafft werden.

Fiskalvertrag gegen Budgethoheit

Zusätzlich soll der Bundestag den Fiskalvertrag bewilligen. Darin wird geregelt, wie viel Schulden jedes EU-Land machen darf. Wer zu hohe Schulden macht, muss saftige Strafgeldern an den Eurorettungsschirm zahlen und außerdem bestimmte von der EU genehmigte Wirtschaftsprogramme umsetzen. In der Praxis heißt das: Die EU kann künftig in die Haushaltssouveränität der Nationalstaaten eingreifen. Dieses Recht war bisher

dem Bundestag vorbehalten, den von uns gewählten Volksvertretern. Wenn denen nun die Hände gebunden werden und stattdessen Bürokraten die wichtigen Entscheidungen treffen, was ist dann eigentlich unser Wahlrecht noch wert?

Rote Linie überschritten

Rechtlich gesehen finden beide Verträge außerhalb der bisherigen EU-Verträge statt. Der ESM ist eine Gesellschaft nach luxem-



Mit einem aufblasbaren Gesetzbuch tourt Mehr Demokratie durch verschiedene Städte, um Unterschriften für die Verfassungsbeschwerden zu sammeln.



Prozessbevollmächtigte Herta Däubler-Gmelin und Christoph Degenhart bei der Pressekonferenz am 12. April

burgischem Recht, weil er im Großherzogtum seinen Sitz hat. Sie werden direkt weder durch die nationalen Parlamente noch das EU-Parlament kontrolliert. Die Führungsriege des ESM genießt Immunität und kann auch gerichtlich nicht belangt werden. Mit diesen Verträgen hat die deutsche Bundesregierung aus unserer Sicht die rote Linie überschritten, die das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen, zuletzt am 7. September 2011, gezogen hat: Das Grundgesetz regelt in Artikel 23 die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union.

Der Bundestag darf seine Budgethoheit nicht an Brüssel abgeben oder substantiell einschränken lassen, auch nicht mit einer Zweidrittelmehrheit. Jeder wahlberechtigte Bürger hat nach Art. 38 GG nicht nur ein Recht auf Beteiligung am Wahlakt. Er hat auch ein Recht darauf, dass das gewählte Parlament mit substantiellen Befugnissen ausgestattet bleibt. Nun sollen Bundestag und Bundesrat ESM und Fiskalvertrag zustimmen und sich und zukünftige Parlamente damit in wichtigen Bereichen selbst entmachten. Das geht nicht mehr ohne die Zustimmung der Bürger! Daher fordern wir:

Volkentscheide und Konvent

1. Forderung: Volkentscheide über ESM und Fiskalvertrag

Um Fiskalvertrag und ESM überhaupt ins Leben rufen zu können, wurden die europäi-

schen Verträge geändert (Art. 136 Abs. 3 AEUV). Bei Vertragsänderungen von grundsätzlicher Bedeutung ist ein Konventsverfahren unter parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung verbindlich vorgeschrieben. Dies sieht der Lissabon-Vertrag vor. Wir fordern, dass die Regierungen wenigstens das Rechtsstaatsprinzip einhalten und die Verträge befolgen, die sie selbst geschlossen haben.

2. Forderung: Direktwahl eines Konvents zur Zukunft der EU

Wir fordern, dass Bürger, Politiker und alle weiteren gesellschaftlichen Akteure die notwendige Zeit erhalten, um die immensen Probleme grundlegend und vor allem auch in Alternativen zu denken, diskutieren und entscheiden.

Konsequenz:

Zwei Verfassungsbeschwerden

Sollte der Bundestag ESM und Fiskalvertrag zustimmen, ohne die Bürger zu fragen, soll dieses Recht durch Verfassungsbeschwerden erkämpft werden. Dann reicht das Bündnis jeweils am Tag nach der Verabschiedung des Zustimmungsgesetzes Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe ein. Die Verfassungsbeschwerden sind als Massenbeschwerden so konzipiert, dass tausende von Menschen mitklagen können. Als Prozessbevollmächtigte wurden die ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin und Prof.

Dr. Christoph Degenhart (Universität Leipzig) gewonnen, beide renommierte Staatsrechtler.

»Durch die geplanten Verträge bekommt die EU massiven Einfluss auf die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten«, erklärt Prozessvertreter Degenhart. »Wir wählen Volksvertreter, die immer weniger zu sagen haben. Dieser Demokratieverlust kann auf europäischer Ebene nicht aufgefangen werden, weil dort weder die Parlamentarier noch die Bürger großen Einfluss haben.« Zusätzlich zum ESM-Vertrag wird der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) so geändert, dass das Verbot der wechselseitigen Haftung der Mitgliedstaaten weitgehend aufgehoben wird. Staatsschulden dürfen damit vergemeinschaftet werden. »Der Fiskalvertrag verschafft den europäischen Institutionen zudem weitreichende Eingriffsrechte gegenüber den Mitgliedstaaten, ohne dass dies demokratisch legitimiert ist«, ergänzt Degenhart. »Der Rubikon hin zu einem europäischen Bundesstaat wird überschritten«, resümierte er auf der Auftakt-Pressekonferenz am 12. April und wies darauf hin, dass die Regelungen zum Fiskalvertrag, anders als die Schuldenbremse im Grundgesetz, unkündbar seien.

»Die Ratifizierung von ESM- und Fiskalvertrag schwächt den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und stärkt die Exekutivlastigkeit der EU weiter«, erläutert Däubler-Gmelin. »Gerade wer mehr Europa auch in diesen Bereichen für wünschenswert hält, darf diesen Weg der Exekutivlastigkeit nicht fortsetzen. Im Gegenteil: In einem solchen Umgestaltungsprozess müssen die Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Partizipationsmöglichkeiten bekommen.« Sie fasst zusammen: »Ich bin sehr für Europa, aber nicht für ein Europa, das nur von den Regierungseliten bestimmt wird.«

Bürgerklage unterstützen

Es ist noch nicht zu spät: Ziel des Bündnisses ist es, die Ratifizierung des ESM und Fiskalvertrags vorläufig zu stoppen und eine Volksabstimmung über beide Verträge herbeizuführen. Vergangene Urteile des Gerichts lassen hoffen, dass man mit der Klage Erfolg haben könnte. Schließen Sie sich jetzt der Bürgerklage an! Es kostet Sie nur zwei Minuten. Unter der Internetadresse www.verfassungsbeschwerde.eu erhalten Sie den Beschwerdetext sowie weitere Informationen. ■

Bündnis für Verfassungsbeschwerde zu ESM und Fiskalvertrag
c/o Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
www.mehr-demokratie.de
info@mehr-demokratie.de

1. Mai in Melsungen



Am 1. Mai war die INWO Nordhessen zum wiederholten Male in Melsungen vertreten und erklärte den Interessenten anschaulich, wie wir wirtschaftlich unter die Räder kommen.

Unser Räderwerk kommt in der Regel auf Kirchentagen und Veranstaltungen im Innenbereich zum Einsatz. Peter und Erich Lange haben das Zahnradmodell für den mobilen Einsatz auf einen Anhänger montiert, für Veranstaltungen bei schönem Wetter im Freien. Nach Absprache kann es abgeholt und zurückgebracht werden.

Erstmals kam es 2004 zum Einsatz, auf dem ersten Hessischen Sozialforum in Frankfurt, des Weiteren auf dem ersten Sozialforum in Deutschland vom 21. bis 24. Juli 2005 in Erfurt, danach regelmäßig am 1. Mai, dem Tag der Arbeit.

In 2009 haben wir eine andere Variante gewählt, wobei das kleine Getriebe auch über den Versand ausgeliehen werden kann. E-Mail: versand@INWO.de

Neuer Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung am 24. März in Frankfurt wurden Erich Lange und Klaus Willemsen in ihrem Amt bestätigt, wonach Klaus Willemsen jedoch zurücktrat. Den durch den Rücktritt von Prof. Dirk Löhr bereits früher vakant gewordenen 1. Vorsitz übernahm Vlado Plaga, der mit großer Mehrheit gewählt wurde.



Die beiden Vorstände Vlado Plaga und Erich Lange trafen sich am 28. April mit weiteren Aktiven des INWO-Teams, v.l.n.r.: Frank Rösner, Martin Welch, Michael Monheimius, Erich Lange, Klaus Willemsen und Beate Bockting.

Das vollständige Protokoll der Mitgliederversammlung steht im internen Bereich der INWO-Internetseiten unter www.INWO.de zur Ansicht und zum Download bereit und kann auf Anfrage auch per Post zugeschickt werden: Tel. 066 23 - 91 96 01

Die beiden Vorstände Vlado Plaga und Erich Lange trafen sich am 28. April in Dortmund mit weiteren Aktiven des INWO-Teams. Im Anschluss an eine Nachbetrachtung der MV wurden anstehende Aktivitäten wie die Teilnahme an den internationalen Protesttagen Blockupy Frankfurt Mitte Mai geplant. Bei der Großveranstaltung „Lust auf neues Geld“ am 9. Juni in der Arena Leipzig sind wir mit einem Stand vertreten. Für 2013 ist gemeinsam mit dem Ökosozialen Forum und der VHS Essen eine große Tagung in Planung, bei der der Nutzen der Umlaufsicherung im Mittelpunkt stehen soll, voraussichtlich wird diese Veranstaltung am 16. März 2013 in Essen stattfinden.

Ein weiterer Besprechungspunkt war die Materialgestaltung. Eine Erweiterung und Neuaufgabe der 4-seitigen INWO-Standpunkte zu verschiedenen Geld-Themen in einheitlichem Layout ist in Vorbereitung.



Vlado Plaga, neuer 1. Vorsitzender der INWO Deutschland

Im Vorfeld des Dortmunder Treffens fanden Dreharbeiten zum INWO-Filmtrailer statt, der derzeit von Steffen Steigner erstellt wird.

Vlado Plaga arbeitet als Informatiker beim Max-Planck-Institut für Psycholinguistik in Nimwegen, Niederlande. Er hofft auf die Verbreitung internetgestützter alternativer Geldsysteme, um das Monopol der staatlichen Währungen zu brechen. Selber hat er auf www.freimarkt.org einen Internet-Handelsplatz kreiert.

Seine Arbeitsschwerpunkte bei der INWO sieht er in der Professionalisierung des Internetauftritts und der computergestützten Kommunikation. Er legt besonderen Wert auf den Ausbau von Kontakten zu anderen Organisationen wie z.B. der GLS-Bank sowie der politischen Aktivitäten.

Josef Hüwe, 1938 – 2012

Am 13. April verstarb unser langjähriges Mitglied Josef Hüwe im Alter von 73 Jahren. Josef Hüwe, dessen berufliches Fachgebiet die Sozialversicherungen waren, befasste sich bereits seit 1960 mit den Grundfragen der Volkswirtschaft. Sein Wissen gab er in vielen interessanten Artikeln weiter, die auch regelmäßig in der Fairconomy erschienen sind. Josef wird uns in dankbarer Erinnerung bleiben.



Die INWO bei der »Blockupy«-Demo in Frankfurt

Vom 16. bis 19. Mai wollte ein breites, überwiegend »linkes« Bündnis den Normalbetrieb im Bankenviertel von Frankfurt am Main mit internationalen Protesttagen blockieren und stattdessen lautstark auf die Folgen der gegenwärtigen Geld- und Wirtschaftspolitik der »Troika« aus EZB, EU und IWF aufmerksam machen. Zu diesen Folgen zählen beispielsweise die Massenarbeitslosigkeit vor allem der Jugendlichen in Südeuropa, die Zerstörung von Gesundheits- und Schulsystemen, der Abbau von Bürgerrechten oder erzwungene Arbeitsmigration.

Die Reaktion der Stadt Frankfurt auf den Demonstrationsaufruf war ungewöhnlich hart: Keine der geplanten Veranstaltungen sollte stattfinden dürfen. Selbst ein Auftritt des Liedermachers Konstantin Wecker wurde untersagt. »Mir wurde noch nie in meinem Leben das Singen verboten, nichtmal in der DDR«, kommentierte dieser. Das Occupy-Zeltlager, das seit Herbst 2011 vor der EZB stand, wurde von der Polizei geräumt. Wie zu erwarten gewesen war, hatte zumindest das Verbot der Abschlussdemonstration vor Gericht keinen Bestand. Unklar ist aber, ob gerade durch die Verbote mehr Menschen zum Protest angeregt wurden, wie manche Kommentatoren vorher spekulierten, oder ob es mehr Menschen abschreckte, dass die Polizei vor massiven Ausschreitungen warnte und wesentliche Teile des geplanten Programms nicht stattfinden konnten.

Für Erich Lange, Frank Rösner und mich war jedenfalls klar, dass wir uns nicht das Demonstrationsrecht nehmen lassen würden. Wir trugen während des etwa fünfständigen Demonstrationszuges die großen blauen Fairconomy-Flaggen an langen Stangen und erreichten damit im überwiegend rot (Linke) - schwarz (Anarchisten) - orangenen (Attac) Flaggenmeer ähnlich viel Aufmerksamkeit wie die Grüne Jugend. Zu Anfang konnten wir mit vereinter Kraft etwa 350 unserer 30%-Zinsanteil-Bierdeckel und 200 von den blauen Fairconomy-Faltblättern verteilen. Nicht selten wurden wir direkt angesprochen und nach unserem Konzept gefragt. Während des in wei-

ten Abschnitten für Unterhaltung nicht zu lauten »Spaziergangs« durch die von der Polizei abgesperrte Stadt fand reger Gedankenaustausch mit anderen Aktivisten statt. Wir trafen auch zwei weitere INWO-Mitglieder. Einer der beiden hatte den schönen und »verdächtigen« Spruch »Schuldenbremse mit ABS / Reiche es reicht« auf seinem Schild stehen.

»Blockupy« zeigte Wirkung: Auf der Abschlusskundgebung wies ein Redner darauf hin, dass die Banken aus Angst vor den (verbotenen) Protesten schon am Freitag selbst ihre Geschäfte weitgehend eingestellt hatten. Am Samstag, nach der Demo, war es mir fast 1000 Meter von der Demonstrationsrou-



Viele Blockupy-Teilnehmer interessierten sich für das Konzept der Fairconomy.

te entfernt, auf der anderen Mainseite, nicht möglich, Geld abzuheben, da alle Banken dort ihre Türen verriegelt hatten. Auch wenn Diskussionen mit überzeugten Marxisten oder Troztkisten (Anhänger dieser Gruppen verteilten kostenlos ganze Hefte, so-

wie verschiedenste Flugblätter mit klassenkämpferischen Parolen wie »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«) erwartungsgemäß nicht zur Gewinnung neuer Freiwirtschafts-Anhänger führten, gab es durchaus aufgeschlossene und überraschte Reaktionen von solcher Seite: »Ich wusste gar nicht, dass ihr auch auf die Straße geht.«

Vor allem lohnte sich die Präsenz bei dieser Demonstration, weil sehr viele der um die 25.000 Teilnehmer die Probleme im Finanzsystem sehen und die richtigen Fragen stellen: Warum habe ich eigentlich immer kein Geld? Warum sehe ich meine Leute so selten? ... – ohne dass sie glauben, schon eine Lösung dafür zu kennen. Unser Ansatz sollte daher interessant für sie sein.

Vlado Plaga

INWO weiterempfehlen!

Der Medienspiegel auf www.INWO.de wird wöchentlich durch neue Kommentare von Klaus Willemsen ergänzt. Diese finden sich auch auf der FAIRCONOMY-Seite auf www.facebook.com. Melden Sie sich an, diskutieren Sie mit und empfehlen Sie uns weiter!

www.facebook.com/pages/FAIRCONOMY/211202346056





Intensive Gespräche während der GV am 28. April im Käfigturm Bern

Die 22. GV der INWO Schweiz

Die diesjährige Generalversammlung fand nach dem üblichen Rotationsprinzip wieder in Bern statt. Eine ganze Reihe von Interessierten traf sich schon vorher zum gemeinsamen Mittagessen, so dass wir bereits angeregt diskutierend kurz vor 14 Uhr zum Käfigturm hinüberwechselten.

Die musikalische Einstimmung wurde einfühlsam von Marianne Jossi mit ihrer klassischen Gitarre gestaltet. Ganz herzlichen Dank an Marianne.

Aus dem Jahresbericht sei erwähnt: Wie in jedem Jahr war die INWO Schweiz auch diesmal wieder auf dem Sozial- und Umweltforum SUFO aktiv. Im Austausch sind wir auch mit der Bewegung Occupy-Paradeplatz in Zürich. 2012 trat z.B. an einem gemeinsamen Anlass Bernd Senf auf. Es kamen rund 200 Personen zu seinem Vortrag. In Zürich ist die INWO weiterhin besonders aktiv, was vor allem dem ausdauernden Engagement von Albert Leibacher zu verdanken ist. Des Weiteren unterstützte die INWO Schweiz im Berichtsjahr den eigenständigen Verein Monetäre Modernisierung (MoMo), welcher ambitioniert daran arbeitet, eine Volksinitiative für die Vollgeldreform zu starten. Der komplette Jahresbericht ist auf der INWO-Homepage aufgeschaltet.

Themenschwerpunkte für 2012

Besonders interessant war dann die Vorstellung möglicher Aktionen und Themenschwerpunkte für 2012:

Eine **Unterstützung der Vollgeldreform**, deren Umsetzung inzwischen voll in den Händen des Vereins MoMo liegt, wird weiterhin stattfinden. Die Arbeit in diesem Bereich zählt zu den zentralen Anliegen der INWO Schweiz. Die Geldschöpfung gehört in die Hände der

Nationalbank und dorthin soll sie zurück, und zwar zeitgemäß transparent, demokratisch kontrollierbar und zum Vorteil der gesamten Bevölkerung, durch eine zinslose Ausschüttung der Seigniorage (Geldschöpfungsgewinn) an den Staat. Einstimmig war die Entscheidung, dieses Thema auch weiterhin kraftvoll mitzutragen. (Referent: Hansruedi Weber)

Die mögliche **Abschaffung der 1000er-Note** könnte ein weiterer Schwerpunkt der INWO-Arbeit sein. Eine neue Notenserie für den Schweizer Franken ist seit Jahren in Arbeit, der Druck verzögert sich aber noch, so dass Zeit bliebe, ein so populäres Thema wie die Stückelung der Banknoten ins öffentliche Gespräch zu bringen – und damit auch die INWO. Die 1000er-Note passt nicht in das neue Konzept der Weissgeldstrategie der Schweizer Politik. Sie wird überwiegend für fragwürdige und kriminelle Geschäfte und zur Geldhortung genutzt; dessen ist man sich auch bei der Nationalbank bewusst. Noch dazu nimmt der Anteil am Notenumlauf immer weiter zu, 2009 lag er bereits bei 58%. Trotzdem will man diesen Notenwert nicht abschaffen. Die INWO könnte wichtiger Impulsgeber sein, in dieser Sache eine öffentliche Diskussion anzuregen. Wer hier mitmachen möchte, melde sich bitte im Sekretariat. Der Vorstand allein kann sich diesem Thema nicht widmen, möchte aber Aktive unterstützen. Engagierte sind also herzlich willkommen. (Referent: Hendrik Barth)

Das Thema **Landgrabbing** taucht immer wieder in den Medien auf. Alec Gagneux informierte über diese weltweite Entwicklung des oft mit Korruption verbundenen Landverkaufs/Verpachtung. Die Bodenrechtsfrage steht eng mit diesem Thema in Verbin-

dung. Der Bevölkerung in Entwicklungsländern wird der Boden zu lächerlichen Preisen und ohne Widerspruchsmöglichkeit weggekauft. Dadurch verlieren sie ihre Flächen für Nahrungsmittelanbau und Viehhaltung. Die Gefahren noch grösserer Verarmung und dramatischerer Hungersnöte drohen.

Die INWO Schweiz und die EVB (Erklärung von Bern) könnten sich zusammen mit diesem Thema in der Öffentlichkeit zeigen. Die EVB beschäftigt sich seit einiger Zeit damit. Auch hier das Angebot, sich bei Interesse im Sekretariat zu melden. (Referent: Alec Gagneux)

Bereits 2011 beschäftigten wir uns an der GV mit dem Thema **Bedingungsloses Grundeinkommen** und inzwischen läuft die Unterschriftensammlung für diese Volksinitiative. Im Sinne der Ziele der INWO, sich für eine humane und gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einzusetzen, sieht sie die grundsätzliche Unterstützung der Initiative Grundeinkommen und ihrer Unterschriftensammlung als notwendig und richtig an. Die INWO will sich in die BGE-Diskussion einbringen, verschiedene Aspekte aber kritisch hinterfragen und auf die geld- und bodenrechtlichen Ursachen heutiger Fehlentwicklungen aufmerksam machen. Sie will Alternativen aufzeigen, insbesondere mit einem eigenen Finanzierungskonzept, das den freiwirtschaftlichen Ideen Rechnung trägt. So möchten wir zu einem sachlich konsequenten und nachhaltigen Lösungsansatz beitragen.

Wie der Vorstand, so sehen auch einige TeilnehmerInnen kritische Aspekte beim Grundeinkommen. Darüber wurde diskutiert und es zeigte sich bei der Abstimmung letztlich deutlich, dass sich die INWO trotzdem in die Diskussion einbringen und insbesondere zur Fi-



nanzierungsfrage mit kritischen Positionen und eigenem Konzept beitragen soll. Ein entsprechender Entwurf findet sich auf S. 15/16. An diesem Konzept ist nun zu arbeiten. Erste Engagierte haben sich für die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe gemeldet. Weitere sind dringend erwünscht. (Referent: Hendrik Barth)

Zu allen Themen kann man sich auf www.inwo.ch unter »Themen« weiter informieren.

Formalia und Personalialia

Die Finanzen des Vereins sind im Lot und das ist natürlich sehr erfreulich. Die INWO Schweiz bedankt sich insbesondere für eine namhafte Spende der Freiwirtschaftlichen Bewegung Schweiz (FBS).

Im Budget 2012 ist eine vorübergehende finanzielle Unterstützung von monatlich 1'000 CHF für den Verein MoMo vorgesehen, was durch eine diesbezüglich zweckgebundene Spende an die INWO möglich wurde.

Eberhard Knöller und Walter Meier-Solfrian wurden in diesem Jahr zu Ehrenmitgliedern ernannt, da sie sich über viele Jahre engagiert für INWO-Themen einsetzen und das in ihre schriftlichen Arbeiten einfließen lassen. Ausserdem wurden Emil Koelliker und Heinz Josi als Lebensmitglieder aufgenommen.

Der neue Vorstand besteht (weiterhin) aus Hendrik Barth, Alec Gagneux und Roland Stebler, neu hinzu kommt (der in Abwesenheit gewählte) Martin Schmid. Daniel Meier und Hansruedi Weber bilden das Co-Präsidium. Genauere Infos zu den Personen gibt es auf www.inwo.ch.

Gastbeitrag Décroissance

Nach einer Pause wurden die Anwesenden noch mit der Décroissance-Bewegung bekannt gemacht. Sieglinde Lorz und Ernst Schmitter waren als Vertretende der Décroissance Bern da und wir genossen einen interessanten Vortrag mit anschliessender Diskussion zum Thema: »Zu Tode wachsen? Nein danke! Befreiung vom Wachstumsdiktat der Wirtschaft!« Wer mehr über diese interessante und zeitgemässe Bewegung wissen möchte, kann sich im Internet unter www.decroissance-bern.ch oder direkt im Sekretariat informieren. Gerne senden wir Infomaterial.

Wie auch am Anfang rundeten spanische Gitarrenklänge von Marianne Jossi die Veranstaltung ab. Ebenfalls ein grosses Danke an alle Teilnehmenden für den interessanten und aufbauenden Nachmittag!

Hendrik Barth

Bedingungsloses Grundeinkommen – Die Finanzierungsfrage als **Chance für Gesells Idee**

Neben den verschiedenen positiven Aspekten des Grundeinkommens gibt es aus Sicht der INWO Schweiz auch einer Reihe kritischer Fragen. Eine davon ist die Finanzierungsfrage. Nur mit dieser will ich mich hier beschäftigen und hoffe darauf, dass sich durch diesen Beitrag Interessenten finden, die in einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema mitarbeiten möchten.

Kritische Aspekte der Finanzierung

Die Finanzierung über die Mehrwertsteuer wird abgelehnt, weil die Schere Arm-Reich damit weiter vergrössert wird.

Ressourcen(Boden)-Steuern weisen in eine ansatzweise gangbare Richtung, sind aber bei weitem nicht ausreichend. Die diesbezüglichen Erkenntnisse der INWO Deutschland liefern wichtige Gedanken dazu.

Öko-Steuern und Umlagen wie CO₂-Abgaben sind langfristig nicht tragend, da sie im Zuge der entsprechenden Umstrukturierungen im Aufkommen rückläufig sind.

Einkommens- und Vermögenssteuern weisen in die richtige Richtung.

Finanzierung mittels Gesells Idee

Im hier vorgestellten Grobkonzept wird vorgeschlagen, die Diskussion und spätere Einführung des BGE zu nutzen, um das rostende Geld nach Gesells Konzept zu installieren und damit diese Grundidee der Freiwirtschaft Wirk-

lichkeit werden zu lassen. Mit der BGE-Diskussion bekommen wir endlich den konkreten Anlass, unsere das Geldsystem reformierende Gesellsche Idee in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und mehrheitsfähig zu machen. Diese historisch vielleicht einmalige Gelegenheit sollte ergriffen werden.

Der heutige Zustand

Das heutige Steuersystem ist so aufgebaut, dass mit einer Vielzahl von Einnahmen, die alle in den Topf des Staatshaushaltes fliesen, eine Vielzahl von Ausgaben, die staatlichen Aufgaben, finanziert werden. Durch die komplexe historische Entwicklung ist so sehr vieles an Einnahmen mit sehr vielem an Ausgaben verbunden. Dieses verworrene Geflecht wird gesamtgesellschaftlich als hinreichend gerecht empfunden und im Grossen und Ganzen akzeptiert.

BGE und Mehrwertsteuer

Mit dem BGE kommen nun mit einem Schritt recht grosse Ausgabenvolumen ins Spiel. Da muss die grundsätzliche Frage gestellt werden: Wollen wir dem verworrenen Knäuel der Staatseinnahmen und -ausgaben noch eine weitere Schlaufe hinzufügen, oder wollen wir das System in der richtigen Weise vereinfachen? Vereinfachen wollen die BGE-Initianten selbst auch, und zwar indem sie die Mehrwertsteuer als wesentliche Finanzierungs-

quelle favorisieren; aber sie sehen nicht, dass damit eine neue und gefährliche Schlinge in das Knäuel der finanziellen Verwirrungen gelegt wird, die noch dazu Reichtum begünstigt und Gerechtigkeit nur vortäuscht. Indem man mit dem BGE eine gegenüber heute vereinfachte Grundfinanzierung für die Menschen aufbauen will, die klare Verbesserungen mit sich bringen würde, lenkt man (bewusst oder unbewusst) davon ab, dass ein eklatantes Missverhältnis zum weiter wachsenden Reichtum einer kleinen millionen- und milliarden-schweren Oberschicht bestehen bleibt. Auf deren üppigen Konsum hofft man, denn man ist auf ihn angewiesen: auf dass sich die Töpfe füllen, aus denen das BGE verteilt werden soll. Finanziert der Konsum der Oberschicht das BGE nicht, dann bliebe nur eine immense Konsumsteigerung durch die Mittelschicht oder die Anhebung der Mehrwertsteuer, damit bei gleichem Konsum die Einnahmen wachsen. Gleichzeitig müsste dann das BGE wachsen, damit es weiterhin angemessen und ausreichend bleibt. Die reiche Oberschicht wird weiter immer reicher, noch dazu wenn Einkommens- und Vermögenssteuern reduziert oder sogar abgeschafft werden.

Das grundlegende Problem

Mit der Konsumsteuer versucht man einen externen Faktor zur Finanzierung eines geldsystemimmanenten Prozesses zu bemühen.

Warum ich in der **INWO** aktiv bin ...



Schon als ich an der Fachhochschule mit dem Wirtschaftsstudium begonnen habe, wollte ich eine Antwort auf die Frage, wie man die Armut aus der Welt schaffen und die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Diese Antwort ist mir die Fachhochschule bis heute schuldig geblieben. Stattdessen musste ich mich zwangsläufig bei Vereinen über alternative Wirtschaftsmodelle informieren. So bin ich

über Umwege zur INWO gestossen, wo ich die Freiwirtschaft kennen lernen wollte. Die zentrale Frage nach der Armutsbekämpfung liegt mir auch heute noch am Herzen. Mit meinem Engagement in der INWO möchte ich zeigen, dass das freiwirtschaftliche Konzept eine gangbare Lösung für die Verminde- rung der Scherenentwicklung zwischen Armut und Reichtum darstellt. Außerdem arbeite ich mit, weil mir die zunehmenden sozialen Unruhen aufgrund ungerechter Einkommensverteilung nicht egal sind.

Roland Stebler

Die Konsumsteuer wie auch Umweltafgaben ziehen Gelder aus wesensfremden Bereichen zur Finanzierung des BGE heran, so wie wenn man Einnahmen aus der Kfz-Steuer benutzen würde, um Kindergärten zu finanzieren. So als ob man auf Kindergärten verzichten könnte, wenn die Anzahl der angemeldeten Kraftfahrzeuge sinkt! Der logische Zusammenhang fehlt hier wie dort; man benutzt eine Krücke, um das Notwendige (Kindergärten oder BGE) am Laufen zu halten. Notwendig aber ist, dass im Sinne einer natürlichen Wirtschaftsordnung die inneren Zusammenhänge wie in einem lebenden Organismus richtig begriffen und entsprechend gestaltet werden. Man darf nicht auf den Konsum angewiesen sein, um das BGE zu finanzieren! Nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch zum Schutz der Ressourcen und im Hinblick auf eine vernünftige Konsumkultur.

BGE und Geldkreislauf

Das BGE ist Geld – und damit befinden wir uns im Geldkreislauf. Hier ist nun die Eigen- dynamik des Geldes selbst so zu gestalten und zu nutzen, dass es seine Funktion so erfüllt, wie wir uns das wünschen. Wenn wir den Konsum steuern wollen, dann besteuern wir den Konsum. Wenn wir irgendeinen Ressourcenverbrauch (z. B. Kohle) steuern wollen, dann besteuern wir Kohle. Wenn wir die Benutzung der Strassen reduzieren wollen, dann besteuern wir die Strassennutzung. Und wenn wir den Geldfluss steuern wollen, dann besteuern wir das Geld. Jetzt sind wir am springenden Punkt. Für das BGE dürfen wir keine Besteuerung irgendwelcher Momente und Handlungen benutzen, wo Geld von einem zum anderen fliesst, egal ob Arbeitsleistungen, Konsumprodukte oder Ressourcen bezahlt werden. Stattdessen sollte das Geld selbst besteuert werden während seines gesamten Daseins, es ist sozusagen eine Existenzsteuer auf Geld einzuführen. Mit dieser Existenzsteuer wird die Finanzierung des BGE ermöglicht. Wir schaffen so einen Geldkreis-

lauf, der sich selbst erhält und sich aus seinem Volumen heraus steuert. Es ist wie beim Wasser, das ständig zu einem kleinen Teil verdunstet und sich durch Regen neu verteilt.

Der Anfang ist gemacht

Dieser Umlaufimpuls ist in einem kleinen Ansatz in der Schweiz schon heute vorhanden, nämlich bei der Vermögenssteuer. Nur dort wird bisher der Besitz des Geldes und damit das Geld an sich besteuert, ansonsten sind es immer andere Prozesse bzw. Aktivitäten, die besteuert werden. Mit der Vermögenssteuer haben wir also bereits die Grundidee entwickelt, dass das Geld an sich einer Steuer bedarf. Und diese Idee ist nun auf alles existierende Geld auszuweiten. Dass dabei auch Bargeld berücksichtigt werden muss, ist klar. Ständig und in einer ganz geringen Dosis ist diese Existenzgebühr abzuschöpfen und in einem Umlaufimpuls als BGE wieder einzuspeisen in das Gesamtsystem des gesellschaftlichen Organismus.

Die Zukunft heisst: Vereinfachung

Schritt für Schritt kann diese Gebühr oder Steuer, dieser Impuls, erhöht werden und andere Steuern wie die Einkommenssteuer, die Mehrwertsteuer oder auch Gebühren und Beiträge für überflüssig werdende soziale Sicherungssysteme können abgeschafft werden. Auch andere Staatseinnahmen könnten so generiert werden, was das Steuersystem weiter vereinfachen würde. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Lenkungsabgaben, mit denen man Verhalten beeinflussen will, und Steuern und Beiträgen, mit denen man soziale Gerechtigkeit schafft und Staatsaufgaben erfüllt. Lenkungsabgaben sind weiterhin so zu behandeln, wie man es heute mit der CO2-Umweltafgabe in der Schweiz macht, also sie pro Kopf rückvergütet.

Bedingungslos in jeder Hinsicht

»Bedingungslos« sollte man also auch so verstehen, dass die notwendigen Staatsein-



Zur Finanzierung des BGE sollte das Geld selbst besteuert werden, während seiner gesamten Existenzdauer. Es wäre wie beim Wasser, das ständig zu einem kleinen Teil verdunstet und sich durch Regen neu verteilt.

nahmen für die Bereitstellung der BGE-Gelder nicht an äussere Bedingungen oder Prozesse in der Gesellschaft geknüpft werden, wie an Konsum oder Einkommen, von denen es dadurch abhängig wird, sondern nur an seine eigene Existenz als Geld – so wie auch die Verteilung an keine Bedingungen geknüpft wird (Bedürftigkeit, Geschlecht, Berufstätigkeit) und auch das Ausgeben des BGE durch die Empfängerpersonen bedingungslos ist (nicht zweckgebunden). Es ist nur logisch und konsequent, auch die Möglichkeit der Bereitstellung des BGE-Geldes bedingungslos zu machen. Das dazugehörige Geldsystem muss einfach nur passend dazu konstruiert werden. So wie es sinnvoll ist, dass Wasser verdunstet.

Die Arbeitsgruppe

Nun steht es an, diese Grundidee kritisch zu durchdenken, Schwachstellen zu benennen und zu verbessern, das Finanzielle konkret durchzurechnen, die Umsetzbarkeit kritisch zu hinterfragen usw. und das Konzept in die öffentliche Diskussion einzubringen. Wer ist dabei, dafür kleinere oder grössere Diskussions- und Arbeitsbeiträge zu liefern? Herzlich willkommen!

Hendrik Barth,

Kontakt: hendrik.barth@gmx.ch

Geldsysteme sind kein Naturgesetz

Interview mit Herbert Walter

Herbert Walter, von 2003 bis 2009 Chef der Dresdner Bank, heute selbständiger Berater, gab seiner Kolumne im Handelsblatt am 22. Mai den Titel »Geldsysteme sind kein Naturgesetz«. Er beschreibt darin die Problematik exponentiell wachsender Vermögen und Schulden und zeigt Verständnis für die Proteste der Occupy-Bewegung, die immer stärker auf ein insgesamt problematisches Geldsystem zielen.

Beate Bocking: Herr Walter, Sie kritisieren, dass die monetäre Welt viel stärker wächst als die reale Wirtschaft. Sie fragen da ganz offen: »Sieht so ein stabiles Finanzsystem aus?« Worin sehen Sie die Ursachen dafür, dass seit Jahrzehnten die Geldvermögen bzw. Schulden mehrfach schneller zunehmen als die reale Wirtschaftsleistung?

Herbert Walter: Das hat mehrere Gründe: Die zunehmende Arbeitsteilung national wie international, die Globalisierung der Wirtschaft und der Kapitalmärkte und eben auch der Zinseszinsseffekt, der zu einem exponentiellen Wachstum finanzieller Vermögen und Schulden führt. Letzteres macht sich jedoch erst langfristig bemerkbar.

B.B.: Die Sparquote und mit ihr die Vermögensbildung ist in Deutschland in den 1950er und dann insbesondere in den 60er Jahren stark angestiegen. Seither mussten immer größere Vermögen mit Zinsen oder mit Dividenden bedient werden. Anfang der 90er Jahre machten diese leistungslosen Einnahmen schon 80 Prozent des zur gleichen Zeit neu gebildeten Geldvermögens aus. Die Deutsche Bundesbank sprach schon damals von einer »Selbstalimentation durch steigende Kapitalerträge«. Gleichzeitig nahm die Ersparnisbildung der arbeitenden Bevölkerung, die ja die leistungslosen Einnahmen erwirtschaften musste, ab. Müssten wir nicht die Vermögensseite viel stärker in den Blick nehmen, statt den Fokus fast ausschließlich auf die steigende Verschuldung zu richten?

H.W.: Zunächst muss ich einen Einwand machen. Zinsen und Dividenden sind keine leistungslosen Einnahmen. Wer spart und damit Geldvermögen bildet, der verzichtet in entsprechender Höhe auf seinen Anspruch am Sozialprodukt. Den kann dafür ein anderer, der sich verschuldet, so lange nutzen, bis der Geldvermögensbesitzer entspart, also sein Geldvermögen für Konsum oder Investition auflöst. Warum sollte der Gläubiger zuguns-

ten des Schuldners keine Zinsen für seinen Verzicht bekommen? Ich kann darin einfach keine leistungslose Einnahme sehen. Nun zu Ihrer Frage: Geldvermögen und Schulden sind praktisch zwei Seiten einer Medaille, Sie können finanzielle Forderungen und Verbindlichkeiten nicht isoliert steuern. Was Sie auf der einen Seite machen, tangiert zwangsläufig auch die andere Seite.

B.B.: Waren die Banken nicht aufgrund der systembedingt immer stärker anschwellenden Vermögensmassen – und nicht nur aufgrund des Konkurrenzdrucks – in gewisser Weise gezwungen, sich immer mehr auf den Kapitalmarkt und das Börsengeschäft auszurichten, neue Anlagemöglichkeiten zu finden und durch immer schnellere und vielfältigere Transaktionen neue und neuartige Erträge zu erzielen?

H.W.: Ich glaube, da unterschätzen Sie den Wettbewerb im Bankensektor. Richtig ist, dass das Kapitalmarktgeschäft im Zuge der Globalisierung der Finanzmärkte stark gewachsen ist. Richtig ist sicher auch, dass in einigen Bereichen die Bedürfnisse der Kunden und Unternehmen nicht so im Vordergrund gestanden haben, wie es sein sollte. Damit meine ich, dass der Eigenhandel der großen Investmentbanken eine zu starke Rolle gespielt hat.

B.B.: Das eigentliche Kreditgeschäft wurde ja im Laufe der Jahre weniger einträglich. Welche Voraussetzungen für die Kreditvergaben der Banken müssen denn bestehen? Haben sich diese geändert?

H.W.: Die Anforderungen an das Kreditgeschäft sind durch zahlreiche Regulierungen, ich nenne beispielhaft die Regelwerke Basel

Herbert Walter, ehemaliger Dresdner Bank-Chef, sieht das Problem der explodierenden Vermögen und Schulden, glaubt aber anscheinend, man könnte einfach die Verschuldung reduzieren, um das Problem in den Griff zu kriegen.



1 bis 3, deutlich härter geworden. Das hat zweifellos einen dämpfenden Einfluss auf die Rentabilität des Kreditgeschäfts. Die wichtigste aller Voraussetzungen bei der Kreditvergabe gilt jedoch nach wie vor und hat sich nicht geändert. Banken wollen bei einem Kredit nicht wissentlich einen Verlust eingehen.

B.B.: Wie wichtig waren Kundeneinlagen noch für Sie? Wie wichtig sind sie aktuell für eine Bank?

H.W.: Kundeneinlagen sind für Banken eine enorm wichtige Refinanzierungsquelle. Ihre Bedeutung hat durch die Regulierung noch zugenommen.

B.B.: Messen Sie der Tatsache eine Bedeutung zu, dass die von der Bundesbank aus-

gegebene Euro-Banknotenmenge den tatsächlichen Bedarf für inländische Transaktionen um ein Vielfaches übersteigt? Die benötigte Bargeldmenge wird mit rund 30 Mrd. Euro veranschlagt. Seit der Einführung des Euro-Bargeldes Anfang 2002 stieg der Umlauf der von der Deutschen Bundesbank emittierten Banknoten jedoch von gut 70 Mrd. Euro bis Ende 2010 auf knapp 370 Mrd. Euro an. In einem aktuellen Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank (Nr. 20/2011) wird geschätzt, dass Ende 2009 ca. zwei Drittel im Ausland gehortet wurden (220 Mrd. €). Der größte Teil davon in Ländern außerhalb des Euro-Währungsgebiets, vor allem in Russland und Südosteuropa. Auch von dem im Inland verbliebenen Bargeld wird ein Großteil gehortet.

H.W.: Der Euro ist nun mal nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Währung der Welt. In vielen Ländern wird er als Reservewährung betrachtet. Das war im Übrigen zu Zeiten der D-Mark nicht anders. Auch damals wurden zig Milliarden D-Mark im Ausland gehalten.

B.B.: Sie haben ja auch Erfahrungen im Vorstand eines großen Versicherungskonzerns gesammelt, der Allianz. Insbesondere alle Lebensversicherer stehen unter dem ganz besonderen Druck, ihren Versicherten die garantierten Renditen auch zu verschaffen. Womit ist das heute noch machbar? Müsste den Menschen nicht stattdessen endlich klar gemacht werden, dass man sein Geld nicht arbeiten lassen kann, sondern dass dafür immer irgendwer ausgebeutet wird – am Ende auch sie selbst? Und natürlich auch, dass dieses Mehr-haben-Wollen ohne eigene Leistung immer zu Lasten der Umwelt geht?

H.W.: Ihrer These, wer Geld anlegt, beutet aus, stimme ich überhaupt nicht zu. Ich halte das sogar für Unsinn. Jede arbeitsteilige Gesellschaft braucht Menschen und Institutionen, die denen Geld leihen, die investieren wollen. Es sei denn, wir alle beschließen wissentlich, dass wir verelenden wollen. Arbeitsplätze können wir nur erhalten und schaffen, indem wir investieren. Das Geld dafür muss von denen kommen, die sparen.

Mal eine Gegenfrage: Der Staat wird relativ wenig zu Ihrer Altersversorgung beisteuern können. Wie wollen Sie denn persönlich vorsorgen, wenn Sie nicht sparen und das gesparte Geld nicht arbeiten lassen wollen? Die Folge wäre doch, dass Sie im Alter mit vorhersehbarer Sicherheit in einer Armutsfalle stecken.

B.B.: Wäre das Leben nicht auch für einen Banker weitaus schöner, wenn sich seine Kunden mit dem *Werterhalt* ihrer Einlagen begnügen würden, statt *mehr* zurückzuverlangen, als sie eingezahlt haben, oder sonst ihr Geld abzuziehen?

H.W.: Insbesondere bei den ganz großen Vermögen geht es in erster Linie um den Vermögenserhalt, nicht um Vermögenswachstum. Letzteres gilt vor allem für diejenigen Sparer und Anleger, die nicht so viel auf der Hohen Kante haben und für einen bestimmten Zweck sparen – etwa für die Altersvorsorge. Wer damit rechtzeitig beginnt, möchte im Alter natürlich wenigstens zum Teil auch von den Erträgen leben, die das Ersparte bringt.

B.B.: Das Finanzsystem ist extrem verwundbar, das wissen nun alle. Daher nimmt auch die Verunsicherung der Menschen zu. Sie verstehen nicht, dass immer mehr Geld zur Bankenrettung ausgegeben wird, während die normale Bevölkerung den Gürtel immer enger schnallen muss. Was müsste getan werden, um mehr Sicherheit und Stabilität herzustellen?



Das Occupy-Camp vor der EZB in Frankfurt. Herbert Walter zeigt Verständnis für die Proteste. Sie dürften von den Protagonisten dieses Systems, den Bankern, Währungshütern und Politikern, nicht mehr ignoriert werden.

H.W.: Staaten und auch eine Reihe von Banken haben zu stark auf Pump gelebt. Für die Banken wird das bei den anstehenden Regulierungen gelöst. Sie werden künftig deutlich mehr Eigenkapital und Liquidität als eine Art Puffer haben müssen, der wie ein Stoßdämpfer gegen Erschütterungen schützt.

Für die Staaten sind aus meiner Sicht ein funktionierender Fiskalpakt und eine wirkungsvolle Schuldenbremse notwendig. Es darf nicht länger sein, dass Staaten Schulden machen, die die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft übersteigen.

B.B.: Obwohl riskante Bankgeschäfte mit Auslöser der jetzigen Krisen waren, kommt die Politik kaum voran mit der Bankenregulierung. Hängt das nicht auch damit zusammen, dass keiner ihnen irgendwelche Geschäfte mit Ertragsaussichten verbieten mag, seien sie noch so spekulativ, weil alle wissen, dass die Banken auf solche Erträge angewiesen sein werden? Und zwar insbesondere auch deswegen, weil das, was sie in ihren Büchern stehen haben, zum Teil noch erhebliche Ausfallrisiken birgt? Muss man es nicht so betrachten, dass die Schuldentragfähigkeit unserer Gesellschaften am oberen Limit angelangt ist und daher einfach keine sicheren Anlagemöglichkeiten mehr bestehen?

H.W.: Ich denke, da sollte man etwas differenzieren. Das deutsche Bankensystem aus den drei Säulen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken hat sich im Vergleich zu den Gegebenheiten in anderen Ländern als durchaus robust erwiesen. In einer Reihe von Ländern ist die Schuldentragfähigkeit in der Tat am Limit angelangt oder hat das schon überschritten. Eine Folge war, dass der Nimbus von Staatsanleihen als »sichere Anlage« verloren ging. Wer in historischen Dimensionen denkt, der wusste allerdings, dass dieser Nimbus noch nie von langer Dauer war. Ich meine, es ist gar nicht einmal schlecht, wenn es keine absolut sicheren Anlagen mehr gibt und deswegen Sparer und Anleger ihr Risikobewusstsein stärken müssen.

B.B.: In Ihrer Kolumne nehmen Sie auch Anstoß daran, dass man den vielen Krisen fast nur noch durch den Einsatz von immer mehr Geld beikommen könne. Bei den ganzen Rettungsschirmen, Rettungsfonds und anderen Fazilitäten reichen Milliarden nicht mehr aus, man fängt an, in Billionen zu rechnen. Wie schätzen Sie die Auswirkungen der Politik des billigen Geldes ein, die nun auch von der Europäischen Zentralbank immer stärker betrieben wird? Immerhin geht es nun um langfristig zur Verfügung gestellte Mittel, die die EZB nicht so einfach wieder einkassieren kann. Drohen uns weitere Spekulationsblasen und Inflation?



Der Einsatz von immer mehr Geld zur Bewältigung der Krisen ist unterschwellig ein maßgeblicher Grund, weshalb so viele Menschen Sympathie für die aktuellen Proteste haben, meint Herbert Walter.

H.W.: Diese Gefahr ist nicht gänzlich auszuschließen. Sollte die Eurozone auseinanderbrechen, macht mir im Augenblick allerdings die Gefahr einer tiefgreifenden Rezession in Europa mehr Sorgen.

B.B.: Unter anderem durch David Graebers Buch »Schulden« bekommt nun die alte Idee des Erlassjahres bzw. eines umfangreichen Schuldenschnitts wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Was halten Sie davon?

H.W.: Kurz gesagt: Gar nichts. Wir sollten außerdem nicht glauben, dass die Menschen vor einigen tausend Jahren so viel dümmer waren als wir heute. Der von Graeber geforderte regelmäßige Schuldenerlass war etwa in Mesopotamien doch in den Zins eingepreist. Auch damals hat niemand Geld verliehen, wenn er davon ausgehen musste, es nie zurück zu bekommen. Also kostete ein Kredit, je näher das Ablassjahr rückte, immer mehr Zinsen: 30, 40, 50 Prozent oder noch mehr im Jahr, auf jeden Fall soviel, dass der Kreditgeber sein Geld zurück hatte, wenn der Kredit gestrichen wurde. Es wäre absurd und verheerend, ein solches System heute einzuführen.

B.B.: Wären in dieser historischen Situation nicht doch geordnete Insolvenzverfahren für

Staaten notwendig, damit diese wieder in die Lage versetzt werden, im Sinne ihrer Bürger zu handeln, statt von den Kapitalmärkten dominiert zu werden?

H.W.: Staaten sollten sich unverrückbar verpflichten, ihre Schuldentragfähigkeit jederzeit zu behalten. Das hielte ich für viel vernünftiger als ein automatisches Insolvenzverfahren für marode Staaten.

B.B.: Denken Sie nicht, dass man angesichts der nunmehr erreichten extremen Labilität des Gesamtsystems jetzt einfach mal den Mut aufbringen sollte, in einem der kleineren Krisenländer, Griechenland oder Portugal, ein Experiment mit anderen Spielregeln fürs Geld zu wagen – und sei es erstmal nur als Nebenwährung zum Euro?

H.W.: In nur einem Land ein neues System einzuführen, wäre ein gewagtes Spiel. Die Gefahr wäre sehr groß, dass dieses Land damit von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abgeschnitten wird. Sicherlich müssen wir ernsthaft an der Stabilisierung des internationalen Finanzsystems arbeiten. Möglicherweise wäre da auch in einigen Ländern eine Art nationaler Nebenwährung ein Ansatz. Für mich stellen sich dabei zur Zeit aber mehr Fragen als Antworten. ■

Vier Möglichkeiten für Griechenland

Angesichts der Neuwahlen in Griechenland am 17. Juni ist die Zukunft Griechenlands im Euro wieder offen. Dabei muss die Frage nicht zwangsläufig »Euro oder Drachme?« lauten. Es gibt konstruktive Wege dazwischen. Welche Möglichkeiten hat Griechenland jetzt und was sind die Auswirkungen?

Eine Reihe von Volkswirten hat inzwischen – alternativ zum Austritt oder Verbleib im Eurosystem – die Einführung einer Parallelwährung in verschiedenen Modellen vorgeschlagen. Im Folgenden werden vier mögliche Wege für das Land skizziert:

1. Lange Durststrecke durch Umsetzung der Sparmaßnahmen

Bei Einhaltung des Konsolidierungsplanes würde Griechenland weiterhin die Unterstützung der EU, der EZB und des IWF erhalten, zahlungsfähig bleiben und zusätzlich Gelder aus dem EU-Strukturfonds erhalten, die etwa 2% des Bruttonationalprodukts ausmachen. Doch trotz aller staatlichen Sparmaßnahmen werden die Schuldenberge weiter wachsen, die Rezession mindestens zwei Jahre andauern, die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau verharren und die Ver-

armung weiter zunehmen. Damit sinken die Löhne weiter, was notwendig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Dies alles führt zu einer Verbitterung und Radikalisierung in der Bevölkerung, die keinen Aufschwung erlebt.

2. Chaotischer Zusammenbruch durch Austritt aus dem Euro

Wenn die neue Regierung das mit EU, EZB und IWF vereinbarte Rettungspaket kündigt oder nicht weiter umsetzt, werden die Hilfszahlungen ganz oder teilweise gestoppt. Zunächst würde der griechische Staat zahlungsunfähig und könnte Gehälter, Renten, Lieferanten und den Schuldendienst nicht mehr bezahlen. Aufgrund der Zahlungsunfähigkeit akzeptiert die EZB griechische Staatsanleihen nicht mehr als Kreditsicherheit und damit sind alle griechischen Banken von der Geldversorgung abgeschnitten und pleite. Gleichzeitig beginnt ein panikartiger

Banken-Run und Geldtransfer ins Ausland. Es wird so chaotisch, dass der Staat nur mit einer zeitweiligen Sperrung der Grenzen, Einfrieren aller Konten und Wiedereinführung der Drachme reagieren kann und Griechenland gleichzeitig aus dem Euroraum und der EU austreten muss. Alle bestehenden Euroguthaben werden zwangsweise in Drachme getauscht. Diese wird vermutlich bis zu 50% gegenüber dem Euro abwerten, womit sich der Preis für alle Importwaren verdoppelt. Die Bevölkerung hat über Nacht einen großen Einkommensverlust, Außenhandel ist nur noch gegen Barzahlung möglich, Unternehmen haben Schwierigkeiten, Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland zu finanzieren. Das griechische Bruttoinlandsprodukt würde nach Schätzungen um weitere 20% einbrechen. Zwar würde langfristig die griechische Wirtschaft durch die starke Abwertung profitieren, doch zunächst müsste der schockartige Einbruch verdaut werden.

Da der griechische Staat keine Euros mehr zur Verfügung hat, stehen alle ausländischen Gläubiger vor einem weiteren radikalen Schuldenschnitt. Deshalb gibt es Schockwellen auf den internationalen Finanzmärkten. Allein Deutschland würde ein Austritt bis zu 80 Mrd. Euro kosten. Vor allem aber könnte der Austritt Griechenlands einen Dominoeffekt auslösen mit verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen für die gesamte Eurozone.

3. Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch eine stark abgewertete Parallelwährung

Ein Euroaustritt mit seinen negativen Wirkungen könnte vermieden werden, wenn der Euro und eine neue Parallelwährung gleichzeitig gelten. Dies haben zum Beispiel der polnische Notenbankchef Marek Belka und der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Mayer vor, der sie »Geuro« nennt. Parallelwährungen für Griechenland werden unter Volkswirten seit Monaten diskutiert. (Alle Konzepte sind auf <http://www.eurorettung.org/103.0.html> dokumentiert.)



Die Neuwahlen mögen den Griechen wie ein riskantes Glücksspiel vorkommen, bei dem es um Drachme oder Euro geht.



Statt eines negativen Dominoeffekts durch einen Austritt Griechenlands aus dem Euro könnte eine umlaufgesicherte Parallelwährung einen positiven Dominoeffekt auslösen.

Die Kernidee ist, dass der Staat beginnt, ganz oder teilweise seine Ausgaben in Schuldscheinen bzw. einer neuen Parallelwährung zu bezahlen. Entsprechend weniger Euro-Hilfskredite benötigt er. Die Parallelwährung könnte entstehen durch Schuldscheine des Staates, eine neue Notenbank oder durch Verbriefungen staatlichen Eigentums.

Trotz der Einführung der Parallelwährung bleiben die bestehenden Eurokonten unangetastet, so dass ein Banken-Run und Panik in der Bevölkerung vermieden und die Ersparnisse geschützt werden. Der neue Geuro ist gegenüber dem Euro frei konvertierbar

»Das Expressgeld vermeidet alle finanziellen Schocks und weitere Verbitterung der Bevölkerung und ist deshalb der sanfteste Weg zu einem Aufschwung.«

und wird deshalb vermutlich bis zu 50% abwerten. In Griechenland würden die Waren also doppelt ausgezeichnet, Preis in Euro und aktueller Preis in Geuro. Ausländische Waren werden für die Griechen entsprechend teurer, Exporte aus Griechenland aber wesentlich billiger, was langfristig die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und der exportierenden griechischen Wirtschaft und dem Tourismus Aufwind gibt. Gleichzeitig steigt die Inlandsnachfrage, denn ausländische Waren werden unbezahlbar. Daraus ergeben sich notwendige Wachstumsimpulse für die griechische Wirtschaft.

Da aber alle bestehenden in- und ausländischen Kredite in Euro lauten und deshalb durch die abgewerteten Geuro-Einkommen nicht mehr bedient werden können, müssen diese anteilig per Gesetz auf Geuro umgeschrieben werden. Für ausländische Gläubiger bedeutet dies einen Verlust, es sei denn, der Geuro würde im Laufe der Jahre durch eine gute Haushalts- und Wirtschaftspolitik wieder an den Euro anschließen. Da sich die griechischen Banken in Euro refinanziert haben, aber jetzt Geuro-Kredite haben, müssen sie hohe Abschreibungen vornehmen, die sie selber nicht verkraften können und müssen deshalb nochmal von der EU und der EZB gestützt werden.

Durch eine frei konvertierbare Parallelwährung würden also die katastrophalen Folgen eines Euro-Austrittes vermieden. Die drastische Abwertung trifft zunächst Kunden und Unternehmen und macht große Probleme mit

bestehenden Euro-Krediten, doch langfristig wird die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft verbessert. Der Aufschwung wäre absehbarer und Griechenland könnte früher aus dem Schutz der Rettungsschirme entlassen werden. Deshalb ist diese Variante für die anderen Euroländer vermutlich billiger als die beiden obigen Varianten. Griechenland hätte Zeit sich zu entwickeln, bis irgendwann der Geuro nicht mehr notwendig ist.

4. Konjunkturmotor und sanfter Weg mit Expressgeld

Die Komplementärwährung, die von Christian Gelleri und Thomas Mayer (einem Namensvetter des Chefvolkswirts der Deutschen Bank) in der Studie »Expressgeld statt Euroaustritt« entwickelt wurde, ist anders konstruiert. Die Autoren gründeten vor zehn Jahren den Chiemgauer, das größte Regiogeld Deutschlands, und übertragen diese Erfahrungen auf Griechenland.

Das Expressgeld ist an den Euro gekoppelt und durch hinterlegte Euro gedeckt und wird vom Staat zusammen mit der Notenbank in Umlauf gebracht. Bei einem Rücktausch von Expressgeld in Euro fällt eine Umtauschgebühr (Abflussbremse) von 10% an. Damit wird erreicht, dass das Geld im Land bleibt und das Expressgeld gegenüber dem Euro etwas abgewertet ist, was der griechischen Wirtschaft nützt. Dieser feste Wechselkurs ist für Unternehmen klar kalkulierbar und für die griechische Bevölkerung verträglich. Durch die feste Koppelung an den Euro müssen keine Eurokredite umgeschrieben werden, entsprechend fallen keine weiteren Abschreibungen bei griechischen Banken an. Griechenland kann vollwertiges Mitglied des Eurosystems bleiben, die griechische Notenbank hat nur die Zusatzaufgabe, Euro in Expressgeld zu tauschen. Für die Deckung des für Griechenland notwendigen Expressgeldes sind etwa 13 Milliarden Euro notwendig, diese müssen nicht extra finanziert werden, der Staat wechselt Euro in Expressgeld und bezahlt damit seine Ausgaben.

Neben der Eurodeckung und Abflussbremse ist das Expressgeld vor allem mit einem Umlaufimpuls versehen. Durch eine Nutzungsgebühr von 8% im Jahr wird der Geldfluss beschleunigt, was die Wirtschaft antreibt. Die Grundidee ist: Wenn kein zusätzliches Geld in die Wirtschaft eingeführt werden kann, weil es nicht da ist oder sofort wieder abfließt durch Importe oder Geldflucht, muss man das vorhandene Geld besser nutzen (Liquiditätsoptimierung). Wenn alle Beteiligten ihr Verhalten ändern und das Geld schneller ausgeben, wird die Binnennachfrage massiv gestärkt und Griechenland könnte nach Berechnungen schnell aus der Rezession her-

auskommen. Eine Verdoppelung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, soweit es in der Realwirtschaft bleibt und freie Kapazitäten vorhanden sind, führt zu einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes.

Das Expressgeld fügt sich also nahtlos in das Eurosystem und die bestehenden Vereinbarungen mit der Troika ein. Es gibt keine Probleme mit Eurokrediten. Durch eine 10%-Abwertung wird die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verbessert und der Umlaufimpuls initiiert ein starkes Wirtschaftswachstum, das zu neuen Arbeitsplätzen und mehr Steuereinnahmen führt. Den anderen Parallelgeld-Konzepten fehlt dieser Konjunkturmotor, das Wachstum soll durch eine schmerzende Abwertung entstehen. Dagegen vermeidet das Expressgeld alle finanziellen Schocks und weitere Verbitterung der Bevölkerung und ist deshalb der sanfteste Weg zu einem Aufschwung. Weitere Infos zum Expressgeld unter: www.eurorettung.org

Kontakt:

Thomas Mayer, Tel. 0049-831-5709512, thomas.mayer@eurorettung.org, www.eurorettung.org

Christian Gelleri, Tel. 0049-8031-4698039, christian@gelleri.com, www.chiemgauer.info



Thomas Mayer, ehemaliger Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V. (www.volksabstimmung.org) und Omnibus für Direkte Demokratie (www.omnibus.org) war 1995 Beauftragter des erfolgreichen Volksbegehrens »Mehr Demokratie in Bayern«, mit dem der Bürgerentscheid in den bayerischen Gemeinden und Städten eingeführt wurde.



Christian Gelleri, geb. 1973, ist ausgebildeter Diplom-Handelslehrer und Diplom-Betriebswirt. Als Initiator der Regionalwährung Chiemgauer hat er die Verbreitung von Regiogeldern in Deutschland maßgeblich geprägt. Als Gründungsvorstand des Regiogeldverbandes verfügt er über ein breites Wissen zu Stand und Perspektiven des Regiogeldes.

Termine Deutschland

■ **Sa., 16. Juni 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, 06366 Köthen, Sachsen-Anhalt**

Geldreform und Unternehmensverfassung

GCN-Academy mit den Referenten Eckhard Behrens und Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll

Eine Geldreform, die den Geldumlauf verstetigt, indem sie den liquiden Mitteln Durchhaltungskosten anheftet, bringt das Verhältnis des Geldes zur Ware in Ordnung. Sie sorgt für einen geschlossenen Wirtschaftskreislauf. Damit scheint sie nur für die Marktbeziehungen der Unternehmen von Bedeutung zu sein. Auswirkungen auf das Innenleben der Unternehmen sind zunächst nicht ersichtlich. Diese ergeben sich aber mittelbar, und zwar einerseits als Folge von Vollbeschäftigung, die die Position der Arbeit im Verhältnis zum Unternehmer aufwertet, und andererseits als Folge der Sättigung des Kapitalmarktes, die die Position des Kapitals gegenüber dem Unternehmer abwertet. In beiden Verhältnissen entstehen neue Gleichgewichte, die die Verfassungen der Unternehmen grundlegend verändern werden. INWO-Mitglieder können zum ermäßigten Preis von 40 € statt 90 € an den Seminaren der GCN-Academy teilnehmen.

Mehr Infos unter Telefon: +49 (0)34 96 / 511 69 35

■ **Sa.-So., 23.-24. Juni 2012, Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO), Badstraße 35, 73087 Bad Boll**

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

Elementarseminar des Seminars für freiheitliche Ordnung

Die Anschauung, die wir durch unseren täglichen Umgang mit dem Geld bereits haben, ist Ausgangspunkt dieses Seminars. Diese Alltagserfahrung wird sodann gesprächsweise vertieft. Durch ein systematisches Vorgehen lernen die Teilnehmer, die Funktionen des Geldes als Tauschmittel, als Wertmesser und als Wertaufbewahrungsmittel besser zu verstehen. Mehr Infos unter: www.SffO.de, Tel.: 07164-3573 oder 5497, Fax: 07164-7034, E-Mail: rh@ffpx.de

■ **Sa., 14. Juli 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, 06366 Köthen, Sachsen-Anhalt**

Die Grundfesten des Finanzkapitalismus

GCN-Academy mit Prof. Dr. habil. Dirk Löhner, MBA Immer wieder gerät der Geldumlauf ins Stocken, und gleichzeitig heben die Finanzmärkte immer weiter von der Realwirtschaft ab. Wirksame Reformen dürfen nicht bei der Geldordnung stehen bleiben, sondern müssen tief in die Ordnung von Eigentum und Staatswesen

eingreifen (Unternehmensrecht, Eigentum an Boden und Ressourcen etc.).

Mehr Infos unter Telefon:

+49 (0)34 96 / 511 69 35

■ **Sa.-So., 21.-22. Juli 2012, Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (SffO), Badstraße 35, 73087 Bad Boll**

Voll-Beschäftigung erwünscht und erreichbar!

Es lässt sich zeigen, dass mit einer Geldreform im Sinne Silvio Gesells oder einer stabilen Inflationsrate von 5% Dauervollbeschäftigung erreichbar ist. Wer dies für möglich hält, geht viele politische Probleme anders an. Wie Vollbeschäftigung erreicht werden kann und was sie für die Lohnentwicklung, die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und das Arbeitsrecht allgemein bedeutet, soll Gegenstand der Tagung sein.

Mehr Infos unter: www.SffO.de,

Tel.: 07164-3573 oder 5497, Fax: 07164-7034, E-Mail: rh@ffpx.de

■ **Sa.-So., 28.-29. Juli 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, 06366 Köthen, Sachsen-Anhalt**

Grundeinkommen mit ökologischer Lenkungswirkung

GCN-Academy mit Dipl.math. Alwine Schreiber-Martens, Referentin der INWO

Eine klarer, einfacher Kerngedanke, komplex in der Realisierung: Naturverbrauch wird teu(r)er, bezahlt wird »an die Allgemeinheit«, und das Aufkommen wird direkt rückausgeschüttet, eben als Grundeinkommen.

Wie kann die Realisierung aussehen? Deutlich ansteigende »Ökosteuern« werden auf Rohstoffe/Energie/Bodennutzung am Anfang der Produktionsketten bzw. beim Eingang in die Produktion erhoben. Das entstehende Zahlungsaufkommen soll direkt wieder ausbezahlt werden, gleichmäßig pro Kopf.

INWO-Mitglieder können zum ermäßigten Preis von 40 € statt 90 € an dem Seminar teilnehmen.

Mehr Infos unter Telefon: +49 (0)34 96 / 511 69 35

■ **Mi.-So., 1.-5. August 2012, Johannes Gutenberg-Universität in Mainz**

attac-Sommerakademie

Die Sommerakademie findet in diesem Jahr unter dem Motto: »Teilhaben – Teil sein!« statt. Nähere Infos unter: www.attac.de/soak

■ **Fr.-So., 10.-12. August 2012 (unter Vorbehalt), in zentraler Lage in Deutschland**

INWO-Aktiventreffen

Mögliche Themen:

1. Basisgruppen / Koordination

2. Interne Materialien (»Starterpaket«, Vortrags-Folien, Trailer-CD ...)

3. Mitgliedschaften ordentlich/fördernd (Präsentation, Diskussion)

Termin und Ort standen bei Redaktionsschluss noch nicht verbindlich fest. Bei Teilnahmeinteresse bitten wir unsere Mitglieder, sich frühzeitig beim Vorstand unter inwo@inwo.de anzumelden. Fahrtkosten können auf Antrag teilweise übernommen werden.

■ **Sa.-So., 11.-12. August 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, 06366 Köthen, Sachsen-Anhalt**

Macht private Altersvorsorge Sinn?

GCN-Academy mit Jörg Burghof. Der Referent hat über 20 Jahre im Versicherungs- und Finanzvertrieb gearbeitet.

Von Politik, Presse und Finanzindustrie wird uns suggeriert, dass die sozialen Sicherungssysteme aufgrund der Überalterung unserer Gesellschaft nicht mehr finanzierbar sind und wir deshalb verstärkt privat vorsorgen müssen. Jörg Burghof beleuchtet in seinem Vortrag das Thema Demographiewandel und erläutert inwieweit die private Vorsorge tatsächlich eine Lösung ist bzw. neue Probleme schafft.

Mehr Infos unter Telefon: +49 (0)34 96 / 511 69 35

■ **Sa.-So., 25.-26. August 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, 06366 Köthen, Sachsen-Anhalt**

Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus

GCN-Academy mit Fritz Andrés vom SffO

Wie kann eine von kapitalistischen Fehlentwicklungen befreite Marktwirtschaft aussehen? Mehr Infos unter Telefon: +49 (0)34 96 / 511 69 35

■ **Sa.-So., 8.-9. September 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, 06366 Köthen, Sachsen-Anhalt**

Keynes' Bancor-Plan

GCN-Academy mit Thomas Betz

John Maynard Keynes entwarf bei der Konferenz von Bretton Woods 1944 eine (bis heute nicht realisierte) neutrale Weltwährung, den »Bancor«. Besondere Konstruktionsprinzipien ermöglichen eine Balance der Zahlungsbilanzen und wirksame Bekämpfung der Armut. So ist u.a. vorgesehen, dass arme Länder zinslose Darlehen von reichen erhalten können. Länder mit dauerhaften Export- und Kapitalüberschüssen werden nicht etwa – wie gegenwärtig – per Zins und Zinseszins »belohnt« und dadurch ihre Position verstetigt, sondern umgekehrt zur Verantwortung und ggf. auch zur Kasse gebeten.

Mehr Infos unter Telefon: +49 (0)34 96 / 511 69 35



Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse		Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

**INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg**

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
- Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
- Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.
- Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.
- Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bestellformular

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: _____

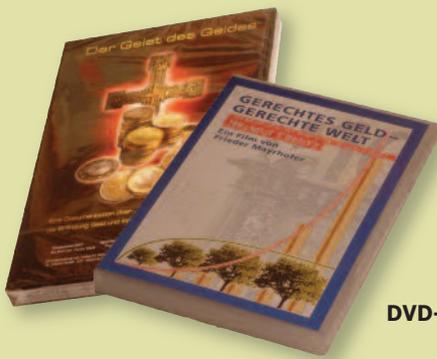
Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



DVD-Doppelpack

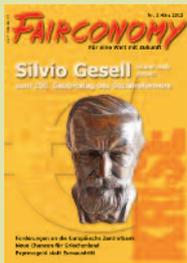
Der Geist des Geldes & Gerechtes Geld – Gerechte Welt

Filmemacher Yorick Niess weiß: Wer den Geist des Geldes versteht, kann seine Zukunft mitgestalten. Frieder Mayrhofer demaskiert in seinem Film über Helmut Creutz die falsche Wissenschaftlichkeit einer Wirtschaftswissenschaft, die das fatale Problem unbeschränkten Wachstums in unserem begrenzten Lebensraum nicht wahrzunehmen bereit ist.

Zwei sehenswerte Filme zum besseren Verständnis unseres Geldsystems. Sie eignen sich hervorragend für interessante Film- und Diskussionsabende in Gruppen und Vereinen oder einfach im Freundes- und Bekanntenkreis.

Preis: 20.00 €, zzgl. Versand

FAIRCONOMY für Politiker



Machen Sie mit! Werden Sie Politikberater und bestellen Sie für 5 Euro 5 Hefte unserer letzten Ausgabe und senden Sie sie an Ihre Bundestagsabgeordneten, Ihre Bankvorstände oder Ihnen bekannte Ökonomen. Das Heft enthält aktuelle Vorschläge zur Einführung eines staatlichen Regiogeldes mit Umlaufsicherung, das Griechenland wieder auf die Beine helfen könnte, sowie die geldpolitischen Forderungen der INWO an die Europäische Zentralbank.

Preis: 5 €, zzgl. 3.50 Euro Versandkosten

Margrit Kennedy

Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind.



Ein leicht verständliches Plädoyer für neues Geld, das zinsfrei, gerecht und stabil ist. Das Buch liefert eine Argumentation für eine neue Bewegung, die von unten entsteht und die Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um endlich auch ein Geldsystem zu schaffen, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Margrit Kennedy zeigt Wege, wie das Geld wieder zu einer steuerbaren öffentlichen Dienstleistung zum Wohle der gesamten Gesellschaft werden kann, statt eine Ware zu sein, die zu einem krankhaften Wachstumszwang führt.

J. Kamphausen, Taschenbuch, 112 Seiten, Preis: 9.95 €
Auch als E-Book erhältlich, Preis: 6.99 €



INWO Standpunkt 4

Banken in die Schranken? – Die Vermögen sind das Problem!

Wer auf der Suche nach den Ursachen unserer derzeitigen Krisen – gleichgültig ob im Bereich der Kapitalmärkte oder Staaten – auf die Banken zielt, trifft zwar die Richtung, aber zielt zu kurz. Helmut Creutz zeigt auf, wo wir eigentlich ansetzen müssten: Die Probleme hängen entscheidend mit dem Überwachstum der Geldvermögen zusammen, das wiederum aus dem Überwachstum der Zinsgutschriften resultiert. Dieses Überwachstum hat eine immer größere Diskrepanz zwischen Geld- und Realwirtschaft zur Folge. Um die Probleme zu lösen, brauchen wir eine Geldreform.



Hg. von INWO Deutschland 2011– für Mitglieder kostenfrei oder gegen eine freiwillige Spende!

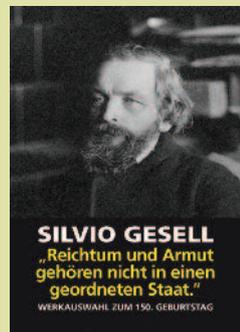


Silvio Gesell

»Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat.«

Werkauswahl zum 150. Geburtstag

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozial-reformerische Gedankenwelt vermitteln.



Verlag für Sozialökonomie, Pb., 230 Seiten, Preis: 19.90 €

Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.